

D U R C H S E T Z U N G S M E C H A N I S M E N  
K A P I T A L I S T I S C H E R I N T E R E S S E N  
I N D E R S T A A T L I C H E N P O L I T I K

AM BEISPIEL DER BREMER SEEHAFENPOLITIK

Eine theoretische und empirische Analyse.

Im Studiengang Sozialwissenschaften im engeren Sinne der Universität Bremen als  
Diplomarbeit vorgelegt von

Edgar Einemann, Bremen, im Oktober 1975

2. Auflage 2009 (elektronisch erfasst, neu formatiert, Text im Original mit Kürzung von Teil B)

# INHALT

## **EINLEITUNG**

### **A. STAATSTHEORIE UND STAATLICHE POLITIK**

#### **I. Der Staat und die kapitalistischen Interessen**

1. Der Staat als Instrument der herrschenden Klasse
2. Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist
3. Zusammenfassung

#### **II. Staatsableitungen und Staatsfunktionsbestimmungen**

1. Der Ansatz von Altvater
2. Der Ansatz von Flatow/Huisken
3. Der Ansatz von Boccara
4. Der Ansatz von Blanke/Jürgens/Kastendiek
5. Zusammenfassung

#### **III. Probleme staatlicher Politik im Spätkapitalismus**

1. Grenzen staatlicher Prognosen und Planungen
2. Die Finanzkrise des Staates
3. Legitimationsprobleme in der Bundesrepublik
4. Zusammenfassung

#### **IV. Zusammenfassung und Fragestellungen**

1. Zusammenfassung
2. Fragestellungen

### **C. Ergebnisse**

### **Anmerkungen**

## **EINLEITUNG**

Mit der folgenden Arbeit soll am Beispiel der Bremer Hafenpolitik ein Beitrag zur Untersuchung der Durchsetzungsmechanismen kapitalistischer Interessen in der staatlichen Politik und einiger Probleme staatlicher Aktivitäten geleistet werden. Ausgegangen wird davon, daß die 'westlichen Demokratien' ihrer gesellschaftlichen Grundlage nach kapitalistisch, d.h. durch einen strukturellen Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital geprägt sind und durch den Begriff 'spätkapitalistische Gesellschaften' richtiger beschrieben und analysiert werden als durch das Konzept der 'modernen Industriegesellschaft' (1). Deshalb wird im Rahmen dieser Arbeit nur Bezug genommen auf die Auseinandersetzungen, die sich mit dem Staat in der kapitalistischen Gesellschaft befassen - womit keineswegs behauptet werden soll, daß andere wissenschaftliche Ansätze irrelevant und im Rahmen einer umfassenden Analyse völlig unbrauchbar sind (2). Marx und Engels haben als die 'Väter' der Kapitalismusanalyse selbst keine geschlossene Theorie des Staates entwickelt, obwohl sie das in ihrem ursprünglichen Arbeitsplan als eine zentrale Aufgabe der Gesellschaftsanalyse begriffen hatten (3). Inzwischen gibt es eine Vielzahl von marxistisch orientierten Arbeiten zur Beantwortung von Lenins zentraler Fragestellung "was ist der Staat, worin besteht sein Wesen, worin liegt seine Bedeutung" (4).

In den letzten zehn Jahren wurde die Diskussion über die Stellung, Aufgaben und Handlungsgrenzen des Staates trotz vieler Überlagerungen im wesentlichen in drei aufeinanderfolgenden Phasen auf drei unterscheidbaren Ebenen geführt.

- (1) In der ersten Phase wurden zur Beantwortung der Frage nach der strukturellen Stellung des Staates in den spätkapitalistischen Gesellschaften und speziell dessen Verhältnis zu kapitalistischen Interessen Arbeiten zum Konzept des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' (5), ein Ansatz zur strukturellen Analyse (6) und eine umfassende empirische Aufarbeitung der Durchsetzungsprozesse kapitalistischer Interessen (7) vorgelegt. Die von den Autoren aufgeworfenen Fragen wurden in der Bundesrepublik von 'breiteren Kreisen' erst sehr spät und im Zusammenhang mit dem Ende der Studentenbewegung und dem Beginn der Auseinandersetzungen um die

Konzeption der DKP zur Kenntnis genommen (8). Bei der dabei im Vordergrund stehenden Diskussion um die Theorien des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' wurden die Thesen von Poulantzas und Miliband kaum berücksichtigt, was wohl nicht nur in dem späten Übersetzungstermin (9), sondern vor allem in der Marx-Rezeption und der Abwehrbewegung gegen die DKP an den Universitäten der Bundesrepublik begründet liegt. Über die sogenannte 'Stamokap-Kritik' die 1973/1974 mit dem Erscheinen umfangreicher Texte wohl ihr vorläufiges Ende gefunden hat (10), wurde ein zweiter Strang der staatstheoretischen Diskussion hervorgebracht.

- (2) In der zweiten Phase stand in der Bundesrepublik die Frage nach der logischen Stellung und Ableitung des Staates und den daraus bestimmbaren Staatsfunktionen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Aus der Ablehnung der These vom 'Staat als Instrument der Monopole' entstanden Arbeiten auf der 'kategorialen' Ableitungsebene (11), die ihre 'allgemeinen Bestimmungen' meist 'empirisch illustrierten'. Im Zuge der kontroversen Diskussion der Autoren untereinander wurden dann Stimmen immer lauter, die die Grenzen der Ableitbarkeit betonten (12) und verstärkte empirische Anstrengungen empfahlen (13).
- (3) In der dritten Phase entstanden in der Bundesrepublik stark empirisch orientierte Arbeiten über Zusammenhänge, Probleme und Schwierigkeiten staatlicher Politik auf nationaler, sektoraler, regionaler und kommunaler Ebene (14). Neuestes Produkt dieser Fragerichtung ist ein Sammelband mit Arbeiten zur Methodendiskussion und zur 'lokalen Politikforschung', wo u.a. das Problem der Vermittlung von Theorie und Empirie bei der Analyse staatlicher Politik ausführlich und kontrovers diskutiert wird (15).

Im Laufe der Auseinandersetzung um die 'Frage des Staates' ist die Diskussion nicht nur von den bürgerlichen (wie Lenin noch annehmen konnte), sondern auch von marxistisch orientierten "Gelehrten und Schriftstellern so verwirrt worden, daß jeder Mensch, der sie ernsthaft durchdenken und selbständig bewältigen will, mehrmals an sie herantreten, immer wieder zu ihr zurückkehren und sie von verschiedenen Seiten durchdenken muß" (16).

Mit der folgenden Arbeit soll versucht werden, den Fragen nach den Durchsetzungsmechanismen kapitalistischer Interessen in der staatlichen Politik und den bei staatlichen Aktivitäten auftretenden Schwierigkeiten theoretisch und empirisch in drei Teilen nachzugehen:

- im ersten Teil wird zunächst zur theoretischen Klärung der strukturellen Stellung des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft und dessen Verhältnis zu kapitalistischen Interessen beigetragen. Dann soll die Diskussion über die logische Ableitung des Staates und der Staatsfunktionen mit dem Ziel der kritischen Prüfung der Ergiebigkeit und Aussagefähigkeit dieser Ansätze aufgearbeitet werden. Anschließend werden einige zentrale Ergebnisse von Arbeiten über Mechanismen und Probleme staatlicher Politik dargestellt. Abschließend wird versucht, einige Thesen zur 'Frage des Staates' zu formulieren und Fragestellungen für eine empirische Arbeit zu entwickeln.
- im zweiten Teil soll den formulierten Fragen sehr detailliert durch die genaue Analyse der Quantität und Qualität staatlicher Aktivitäten in einem gesellschaftlichen Teilbereich, für den ein staatlicher Politikbereich mit einem eigenen Regierungsressort lokalisierbar ist, nachgegangen werden. Durch die Untersuchung der Seehafen- und Schifffahrtspolitik des Senators für Häfen, Schifffahrt und Verkehr in Bremen soll zugleich ein wichtiger Teil zur Analyse der Bremer Hafenentwicklung beigetragen werden. Die dazu erforderliche systematische Darstellung dieser Politik bewirkt, daß der empirische Teil nicht 'hart' auf die theoretischen Fragestellungen zugeschnitten sein kann, auch wenn der 'theoretische Hintergrund' natürlich bei der Konzeption von Teilbereichsanalysen eine Rolle spielt. Zunächst werden die Rahmenbedingungen der Bremer Hafen- und Schifffahrtspolitik analysiert, danach die Ursachen und Folgen der hafenbezogenen staatlichen Maßnahmen untersucht und dann einige Aspekte der Schifffahrtspolitik des Staates dargestellt.
- im dritten Teil wird dann versucht, die im ersten Teil aufgeworfenen Fragestellungen mit Hilfe der im zweiten Teil vorgenommenen empirischen Untersuchung zu klären. Die Fragen nach den Durchsetzungsmechanismen kapitalistischer Interessen in der staatlichen Politik und die bei der Durchführung staatlicher Maßnahmen auftretenden Probleme werden dabei im Mittelpunkt stehen.

## **A. STAATSTHEORIE UND STAATLICHE POLITIK**

### **I. Der Staat und die kapitalistischen Interessen**

Zuerst soll auf die marxistischen Ansätze zur strukturellen Stellung des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft eingegangen werden. Ausgegangen wird dabei davon, daß es Miliband mit seinem umfangreichen Werk (1) in der Tat gelungen ist, "im Detail zu zeigen, daß die demokratisch-pluralistische Auffassung der Gesellschaft, der Politik und des Staates für die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in allen ihren Hauptzügen falsch ist, daß diese Auffassung, weit davon entfernt, die Wirklichkeit zu erhellen, diese zutiefst verdunkelt" (2). Auch wenn innerhalb der marxistisch orientierten Diskussion die meisten Ansätze übereinstimmend den Staat als "Kohäsionsfaktor" (3) oder "Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft" (4) begreifen und davon ausgehen, daß der Staat, mit einer gewissen Selbständigkeit ausgestattet, die Interessen der herrschenden Klassengewährleistet, so lassen sich doch bei allen Überschneidungen zwei Konzeptionen als besonders kontrovers identifizieren: 1) Die Position des Staates als 'Instrument der herrschenden Klassen' und 2) die an die Auffassung des Staates als 'ideellem Gesamtkapitalisten' anknüpfenden Überlegungen. Beide Ansätze stützen sich zentral auf eine Bemerkung von Engels, der angesichts der zunehmenden Kapitalkonzentration und Bildung von Aktiengesellschaften formulierte:

"Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier..." (5)

Zuerst wird die These des Staates als 'Instrument', die fast immer im Zusammenhang mit einer Analyse der Kapitalkonzentration und bestimmten strategischen Überlegungen steht, kurz dargestellt und danach auf die Position des Staates als 'ideeller Gesamtkapitalist' eingegangen. Aufgrund der Intention dieser Arbeit, die über die 'Instrumenten-These' hinausgehenden komplexen analytischen Probleme voll aufzuzeigen, wird eine vereinfachende Version dieser Position herangezogen und kritisiert, während bei der Aufarbeitung der zweiten Position, ungeachtet der Schwächen einzelner Arbeiten, eine konsistente Konzeption zu entwickeln versucht wird.

## 1. Der Staat als Instrument der herrschenden Klassen

a) In der heutigen Diskussion spielt vor allem die These vom Staat als "das politische Machtinstrument der herrschenden Monopole" (6) im Rahmen der von einem Institut der SED entwickelten Theorie des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' eine Rolle (7). Diese Position behauptet, sich im wesentlichen auf Lenin zu stützen, lehnt sich aber besonders bei der strategischen Konzeption stärker an Hilferding an (8).

Im Jahre 1909 sah Hilferding "die Tendenz zur Herstellung eines Generalkartells und die Tendenz zur Bildung einer Zentralbank" (9) zusammentreffen und die "Diktatur der Kapitalmagnaten" (10) entstehen. Den Staat hielt Hilferding im Kern für ein Instrument des Finanzkapitals (11). In der wirtschaftlichen und politischen 'Konzentrationsbewegung' sah er eine Erleichterung für die Überwindung des Kapitalismus, wozu es genüge, "wenn die Gesellschaft durch ihr bewußtes Vollzugsorgan, den vom Proletarier eroberten Staat, sich des Finanzkapitals bemächtigte" (12). 1927 entwickelte Hilferding dann die Vorstellung, mit Hilfe der Regierungsbildung durch die Sozialdemokratische Partei den Kapitalismus "in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln" (13).

Lenin fand 1916 in seiner Imperialismusanalyse zwar nur lobende Worte für Hilferdings Arbeit (14), wies aber zugleich Kautskys Position des 'Ultraimperialismus' mit einem einzigen Weltmonopol als "Ultra-Unsinn" (15) zurück. Bei aller Problematik der Analysen (16) und aller Vorsicht vor dogmatischen Interpretationen (17) von Lenins Werken muß betont werden, daß dieser neben der "Ablösung der kapitalistischen freien Konkurrenz durch die kapitalistischen Monopole" (18) zugleich sah, daß "das Monopol unter dem Kapitalismus die Konkurrenz auf dem Weltmarkt niemals restlos und auf sehr lange Zeit ausschalten" (19) kann, und es einen Widerspruch gibt "zwischen den Monopolen und der neben ihnen existierenden freien Konkurrenz" (20). In Anlehnung an die Marxsche Analyse des Bürgerkrieges in Frankreich (21) und an Engels (22) hielt Lenin den Staat für "eine Maschine zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Klasse über eine andere" (23); in Anlehnung an die Marxsche Untersuchung der Pariser Kommune legte Lenin im Gegensatz zu



Hilferding Wert darauf, "daß die Arbeiterklasse 'die fertige Staatsmaschine' zerschlagen, zerbrechen muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf" (24) - auch wenn sie nur Knechtung der ehemals herrschenden Klasse benötigt wird.

Ein Ansatz der Theorie des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' geht davon aus, daß ein "Umschlag der freien Konkurrenz ins Monopol" (25) stattgefunden hat und es zu einer "Vereinigung der Macht der Monopole mit der des Staates" (26) gekommen ist, wobei die "Unternehmerverbände als Schaltzentralen staatsmonopolistischer Machtausübung" (27) fungieren. Die Konsequenz der "personellen Verflechtung von Unternehmerverbänden und Staat" (28) ist, daß man den "imperialistischen Staat als realen Gesamtkapitalisten" (29) zu betrachten hat. Damit soll der Staat in der Lage sein, die behauptete Fäulnistendenz

und Dauerkrise des Kapitalismus (30) und den Fall der Monopolprofitraten (31) aufzuhalten. In der Globalsteuerung wird z.B. "die Form der Kooperation zwischen Großindustrie und Regierung" gesehen, in der "die Regierung zum Vollstrecker der Hoffnungen der Monopolgruppen wird" (32). Strategisch geht es "darum, den Kampf aufzunehmen, um den Apparat zur Lenkung und Leitung der Wirtschaft ... dem Kommando der Monopole zu entreißen" (33). "Ein direkter, unmittelbarer Übergang vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Sozialismus" wird im Gegensatz zu Lenin, für den keine Zwischenphase mehr denkbar war, nicht für möglich gehalten und statt dessen die Er kämpfung "der fortschrittlichen, antiimperialistischen Demokratie ... im Bündnis mit allen anti-imperialistischen, demokratischen und friedliebenden Kräften" (34) angestrebt.

Auf die strategischen Probleme und Differenzen kann im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden. Im folgenden soll die sowohl theoretisch wie empirisch formulierte Kritik am dargestellten Ansatz des Staates als 'Instrument der Monopole' in bezug auf das Verhältnis von Konkurrenz und Monopol und das zwischen Monopolen und Staat dargestellt werden.

b) In bezug auf das Verhältnis von Konkurrenz und Monopol muß auf der Ebene des Monopolbegriffs daran festgehalten werden, daß nach wie vor Einzelkapitale existieren, die zumindest auf Weltmarktebene konkurrieren. "Einzelkapitale können sich, und sei ihre Tendenz zu kooperieren auch noch so groß, nicht von sich heraus zum Gesamtkapital

konstituieren" (35). Dem 'Stamokap-Ansatz' gelingt es nicht, das Großunternehmen als eine Form des Einzelkapitals darzustellen und gegen den Begriff des Kapitals überhaupt, das Gesamtkapital, abzugrenzen. Die Handlungen der Einzelkapitale werden nicht unterschieden von den Entwicklungen, die sich als Resultat dieser Handlungen auf der Ebene des Gesamtkapitals 'hinter dem Rücken' der Einzelunternehmen durchsetzen. Begrifflich muß auch unterschieden werden zwischen Kapitalinteressen und Kapitalisteninteressen, wobei 'gesamtkapitalistische' Kapitalinteressen z.B. nach langfristiger Aufrechterhaltung des kapitalistischen Gesellschaftssystems durchaus im Widerspruch zu kurzfristigen Interessen einzelner oder aller Kapitalisten stehen können. Empirisch ist herausgearbeitet worden, daß selbst bei der Herausbildung multinationaler Konzerne Weltmarktkonkurrenz besteht und weiter bestehen wird (36), genauso wie für Einzelunternehmen nach wie vor eine Konkurrenzsituation bestehen bleibt (37). Preisabsprachen größeren Stils sind kein Beweis für die Nichtexistenz von Konkurrenz, diese hat sich teilweise verlagert zu einer Produktkonkurrenz, in der es auf die möglichst ökonomische Produktion (38) und den möglichst stabilen großen Marktanteil (39) ankommt (40).

In bezug auf das Verhältnis von Monopolen und Staat ist besonders von Offe gegenüber der 'einflußtheoretischen' Argumentation eingewendet worden,

- daß von Seiten der Kapitalisten kaum Interessen verfolgt werden, "die tatsächlich die Qualität eines Klasseninteresses haben, d.h. mehr sind als nur der Ausdruck partikularer und situationsgebundener Sonderinteressen" (41).
- der Rationalitätsgrad der eventuell politisch durchgesetzten Strategien einzelner Kapitale oder zusammengefaßter Interessengruppen "durchaus beschränkt und von 'falschem Bewußtsein' gekennzeichnet ist" (42), so daß selbst bei der Aktivität von Industrieverbänden "der Abstand vom Kriterium eines sachlich, sozial und zeitlich umfassend definierten und insofern rationalen Klasseninteresses notwendigerweise beträchtlich zu sein" (43) scheint.
- darüberhinaus liefe es auf eine Überschätzung der prognostischen Fähigkeiten staatlicher Politik hinaus, "wollte man unterstellen, daß sie nach Menge, Art und Zeitpunkt auch nur einigermaßen treffsicher die Funktionslücken des Verwertungsprozesses ausfüllen könnte" (44).

Diese kritischen Ansatzpunkte sind inzwischen empirisch erhärtet worden. So wurde z.B. festgestellt,

- daß im Rahmen der Globalsteuerung deutlich geworden ist, welcher Realitäts- und Realisierungsgrad den Zielprojektionen der Regierung zukommt, diese nicht schon immer auf die als gegeben unterstellten Interessen der Kapitalisten zugeschnitten sind und es keineswegs den Einzelkapitalisten "gelungen ist, konjunkturelle Bewegungen vorzuschauen und diesen ihre eigenen Investitions- und anderen Pläne anzupassen" (45).
- es keinen "notwendigen und direkten Zusammenhang zwischen der ökonomischen Macht und den Bedürfnissen des Monopols und den Prioritäten staatlicher Haushaltspolitik" (46) gibt.
- im Rahmen der Bildungsplanung die wissenschaftliche Analyse und Beratung "überhaupt nicht in den bildungsplanerischen Entscheidungsprozeß eingegangen" (47) ist und lediglich zur Begründung der Erhöhung der Bildungsausgaben diene.

## 2. Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist

Die stärker an die Auffassung vom Staat als 'ideellem Gesamtkapitalisten' anschließenden Arbeiten betonen die Bemerkung von Marx und Engels, daß "der Staat zu einer besonderen Existenz neben und außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft geworden ist" (48). In expliziter Ablehnung der 'Instrumenten-These' halten sie die besondere Existenz des Staates gegenüber den Einzelkapitalen für die "adäquate Form des Staates" (49) und gehen davon aus, "daß der Staat nicht Werkzeug einer Klasse, sondern der Staat einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft ist" (50). Die Behauptung der relativen Autonomie und Besonderheit des Staates, die die Berücksichtigung der Interessen der abhängigen Klassen ermöglicht, soll aber nicht die Hegemonie des Kapitals bzw. einzelner Kapitalfraktionen in Frage stellen, sondern als deren Voraussetzung und auch als Voraussetzung der weiteren Analyse der komplexen Strukturzusammenhänge zwischen Ökonomie und Politik, zwischen Kapital und Staat, betrachtet werden (51).

Den Ausgangspunkt dieses Ansatzes hat O'Connor formuliert:

"Die Interessen der Klasse der Monopolkapitalisten ... sind nicht die Anhäufung der Sonderinteressen dieser Klasse, sondern sie werden vielmehr 'unbeabsichtigt' innerhalb der staatlichen Administration entwickelt. Im Hinblick auf diesen wichtigen Umstand ist der kapitalistische Staat nicht ein 'Instrument', sondern eine 'Struktur'." (52)

Dabei soll keineswegs darüber hinweggesehen werden,

- daß die Unternehmer über massive ökonomische Macht verfügen, um Regierungen ökonomisch wie politisch unter Druck zu setzen. Der Verzicht auf Investitionen wegen eines 'unsicheren Klimas' oder die Verlagerung von Produktionsstätten in 'politisch stabile Länder' gehören ebenso zu unternehmerischen Machtmitteln wie die Verweigerung von Großkrediten an den Staat, die Mobilisierung ausländischer Regierungen über Interventionen ausländischer Kapitale und die Finanzierung von aufwendigen politischen Kampagnen.
- die Angehörigen des Staatsapparates, der Regierung oder des Parlaments über politische Sozialisations- und Selektionsmechanismen sowie Industrieverbindungen

daran gewöhnt werden, im kapitalistischen Sinne 'vernünftig' zu handeln (53). Darüberhinaus gibt es durchaus 'Durchgriffe' von einzelnen eventuell konkurrierenden Konzernen oder Kapitalistengruppen über Lobbys in die staatlichen Kassen in bezug auf Aufträge oder direkte Subventionen, womit aber, wie schon gesagt, keinesfalls gesamtkapitalistische Klasseninteressen zum Durchbruch kommen (54).

Aber diese Tatsachen reichen allein noch nicht aus, um das Problem der Mechanismen und Strukturen, die bei der Durchsetzung kapitalistischer Interessen in der staatlichen Politik eine Rolle spielen, ausreichend zu klären. Zu der weiteren Beantwortung dieser Frage können die Arbeiten von Poulantzas (55) und Miliband (56) sehr viel mehr beitragen, als beide Autoren sich in der anschließenden Diskussion gegenseitig zugestehen wollten, auch wenn große Teile der wechselseitigen Kritik durchaus berechtigt sind.

Der Wert der Arbeit von Poulantzas liegt im Vorantreiben der begrifflichen Differenzierung, was Miliband ihm nicht zugestehen will (57), weil Poulantzas aus Furcht vor 'empirischer Vergiftung' einen "strukturellen Superdeterminismus" (58) nach dem Motto "out, out, damned fact" (59) entwickelt; die große empirische Relevanz des Werkes von Miliband wird dagegen von Poulantzas durchaus gesehen (60), der dafür aber "das Fehlen einer expliziten Darlegung der Grundsätze" eines staatstheoretischen Ansatzes (61) bemängelt. Bei genauerer Analyse ergibt sich jedoch, daß viele von Poulantzas sehr differenziert entwickelte theoretische Strukturzusammenhänge von Miliband durchaus ebenso differenziert empirisch belegt oder ergänzt werden.

So differenziert Poulantzas zunächst zwischen Staatstypen, Staatsformen, Regimeformen und Regierungen und verändert die Konzeption einer herrschenden Klasse in Anlehnung an Gramsci zugunsten der eines Machtblocks der zunächst ökonomisch herrschenden Klassen und Fraktionen, innerhalb dessen es wiederum eine hegemoniale Klasse oder Fraktion gibt und neben dem es Bündnisse und Unterstützungen zwischen allen Klassen und Fraktionen geben kann. Es ist z.B. innerhalb eines kapitalistischen Staatstyps eine interventionistische Staatsform mit der Regimeform eines parlamentarischen Mehrheitssystems durchaus eine sozialdemokratische Regierung als Träger des Staatsapparates denkbar, ohne daß die Hegemonie der monopolistischen Kapitalfraktion mit Hilfe der anderen Klassen im

Machtblock über die Arbeiterklasse ernsthaft gefährdet ist. Dabei umfaßt der Begriff der Hegemonie die "spezifischen Merkmale der herrschenden kapitalistischen Ideologie, vermittels derer eine Klasse oder Klassenfraktion sich erfolgreich als Verkörperung des Allgemeininteresses des Volk-als-Nation ausgibt und auf diese Weise die unterdrückten Klassen dazu bringt, ihre Klassenherrschaft auf spezifische Weise anzuerkennen" (62).

"Die hegemoniale Klasse oder Fraktion polarisiert die spezifischen kontradiktorischen Interessen der verschiedenen Klassen oder Fraktionen des Machtblocks, indem sie ihre eigenen ökonomischen und politischen Interessen als stellvertretend für das gemeinsame Interesse der Klassen oder Fraktionen des Machtblocks hinstellt ..." (63).

Miliband analysiert ausführlich die zentralen Institutionen des Staatsapparates (Regierung, Verwaltung, Militär, Polizei, Gericht und Parlament), zeigt empirisch die Weiterexistenz der Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft trotz Regierungsbildung durch Sozialdemokraten, Sozialisten oder Volksfronten und gelangt schließlich auch über die Frage nach den Ursachen der Wahlerfolge der konservativen Parteien ebenfalls zu dem Begriff der Hegemonie, definiert als ideologische Vorherrschaft der herrschenden Klassen (64). Bei seiner empirischen Analyse dieser ideologischen Vorherrschaft, vermittelt über den Staatsapparat, die Stellungnahmen der konservativen Parteien, die Unternehmerkampagnen, den Nationalismus, die Massenkommunikationsmittel, die Schulen und Universitäten und die familiäre Sozialisation, stößt Miliband immer wieder auf die Kategorie des 'nationalen Interesses', die bei der Durchsetzung kapitalistischer Interessen über den Staat eine zentrale Vermittlungsrolle spielt (65).

Im folgenden sollen einige Mechanismen dargestellt werden, über die kapitalistische Interessen strukturell in staatliches Handeln eingehen, ohne in jedem Falle selbst als solche erscheinen zu müssen. Damit soll nicht behauptet werden, daß sich diese Interessen immer quasi automatisch durchsetzen müssen, sondern daß sie sich in der Regel so durchsetzen.

- Die Ideologie der herrschen Klassen im Kapitalismus ist nach Poulantzas die rechtlich-politische, die alle Individuen als freie und gleiche Rechtssubjekte betrachtet und den Staat die Rolle des Vertreters der gesellschaftlichen Allgemeininteressen gegenüber den Privatinteressen der Einzelnen zuschreibt (66). Die Grundlagen dieser Ideologie sind neben der Verrechtlichung der Eigentumsverhältnisse (67) und den durch das

Kapitalverhältnis produzierten Mystifikationen (65) die schlichte alltägliche Erkenntnis der Notwendigkeit einer nicht im Interesse Einzelner fungierenden zentralen Instanz. Auf der Basis der Vertretung allgemeiner Interessen kann der Staat im Namen von Gesetz, Recht und Ordnung die bei ihm zentralisierte Macht zur 'Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung' und zur Erhaltung von 'Rechtssicherheit' einsetzen und dabei z.B. durch die Niederwerfung von Streiks für die Durchsetzung kapitalistischer Interessen sehr nützlich sein (69).

- Es wird "von den Forderungen der Unternehmerschaft immer behauptet, sie seien im nationalen Interesse" (70). Diese Behauptung entbehrt auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auch nicht ihrer objektiven Grundlage, denn wenn das 'nationale Wohl' unauflöslich mit den Geschicken der kapitalistischen Unternehmen verbunden ist, arbeiten Regierungen, die dem Interesse 'der Wirtschaft' dienen, durchaus zum 'Wohle aller' (71). Das Profitinteresse der Unternehmer kann über Formeln wie die des 'Funktionierens der Wirtschaft' und sogar der 'Sicherung der Arbeitsplätze' als nationales Interesse geltend gemacht und das dem zugrunde liegende Verständnis von kapitalistischem Funktionieren und kapitalistischer Rationalität als vernünftig und rational 'schlechthin' definiert werden. Bei Aktivitäten zur Förderung 'der Wirtschaft' durch den Staat (das keinesfalls von umfassendem Erfolg gekrönt sein muß) spielt dessen Eigeninteresse an der Erhaltung seiner Steuerbasis eine entscheidende Rolle, auch wenn staatliche Subventionen von kapitalistischen Profiten auf nationaler, sektoraler oder einzelunternehmerischer Ebene besonders in konjunkturellen oder strukturellen Krisenzeiten als nur konsequent im nationalen Interesse erscheinen. Auch sozialdemokratische Regierungen sehen oft im Wirtschaftswachstum eine Voraussetzung für die Finanzierung von Reformen. So erklärte beispielsweise der Parteivorstand der SPD als Reaktion auf die Beschlüsse des Bundeskongresses der Jungsozialisten von 1970: "Die Sicherung von Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität ... ist überhaupt nicht Reformpolitik, sondern die Gewährleistung der ökonomischen Grundlagen, auf denen sich gesellschaftspolitische Reformen - wirtschaftlich gesehen: die Inanspruchnahme entsprechender Ressourcen - vollziehen können" (72).

- Aus der Notwendigkeit des Erhalts des Funktionierens 'der Wirtschaft' resultiert z.B. die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen des Staates im infrastrukturellen Bereich (vorausgesetzt, der Staat hat hier einmal Verpflichtungen übernommen an die 'technische Entwicklung', die nicht an einzelne Kapitale und deren Interessen gebunden scheint. So weist O'Connor z.B. auf die mit der Boeing 747 notwendig gewordenen neuen Flughäfen und den durch den Bau von Supertankern erforderlichen Neubau von Tiefwasserhäfen hin (73).



### 3. Zusammenfassung

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß eine völlige Aufhebung der Konkurrenz, eine Verschmelzung von Monopol und Staatsmacht und das Fungieren des Staates als Instrument monopolistischer Steuerung weder theoretisch plausibel noch empirisch überzeugend nachgewiesen werden können, und die vereinfachende These vom Staat als 'Instrument der herrschenden Klasse' nicht den Zugang zur Analyse des komplizierten Problems der Durchsetzungsmechanismen kapitalistischer Interessen in der staatlichen Politik eröffnet. Der Staat ist in der kapitalistischen Gesellschaft mit relativer Autonomie ausgestattet und muß bei seinen Maßnahmen die Interessen vieler Gruppen und Klassen berücksichtigen und eventuell sogar gegen die Interessen der ökonomisch vorherrschenden Klassen durchsetzen. Mit der Existenz des Staates, der Verrechtlichung der Eigentumsverhältnisse, der Bindung des 'nationalen Wohls' an das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft und das Gedeihen der profitorientierten Einzelunternehmen sowie der Existenz einer zwar von Einzelkapitalisten produzierten, von diesen aber nicht steuerbaren wirtschaftlichen und technischen Entwicklung erweisen sich die kapitalistischen Interessen als hegemoniale und gehen in der Regel strukturell in staatliches Handeln ein. Damit soll nicht die Möglichkeit des Eingehens von Interessen einzelner Kapitalisten oder Kapitalistengruppen in einzelne staatliche Maßnahmen bestritten werden, behauptet werden soll aber das Überwiegen der strukturellen Mechanismen und die Vielfalt der möglichen Ursachen staatlichen Handelns, die durch allgemeine Etikettierungen nicht erfaßt werden, und die einen interessanten Fragehintergrund für eine systematische empirische Untersuchung staatlicher Aktivitäten in einem gesellschaftlichen Teilbereich abgeben können.

Der Frage, warum der Staat überhaupt in welchen Bereichen eingreifen kann, tatsächlich eingreift, und worin die Logik staatlicher Existenz und Funktionen liegt, versuchen Ansätze zur systematischen 'Staatsableitung' näherzukommen, auf die im folgenden eingegangen werden soll.

## II. Staatsableitungen und Staatsfunktionsbestimmungen

Seit 1972 wird in der Bundesrepublik eine lebhafte Diskussion über die Logik staatlicher Existenz und staatlicher Funktionen geführt, wobei einige Personen und Gruppen im Anschluß an die Rezeption der Methode und Kategorien der Kapitalanalyse von Marx Versuche der Staatsableitung vorgenommen haben. Neben den Ansätzen von Altvater (74) und Flatow/Huisken (75) ist in diesem Zusammenhang auch die Variante der Theorie des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' von Bedeutung, die in der verstärkten Krisenhaftigkeit des Kapitalismus die Ursache für ständig zunehmende Staatsaktivitäten sieht (76). Diese Ansätze und die an ihnen vorgebrachte Kritik sollen kurz dargestellt werden. Eine ausführliche Diskussion sowohl der Ansätze als auch der (nicht immer berechtigten) Kritik kann im Rahmen dieser Arbeit nicht vorgenommen werden. Statt dessen sollen am Beispiel der Arbeit von Blanke u. a. (77) die Resultate einer Analyse aufgearbeitet werden, die gegenüber 'Ableitungen' betont kritisch eingestellt ist, und zum Schluß eine Zusammenfassung der Resultate der 'Ableitungsdiskussion' vorgenommen werden.

## 1. Der Ansatz von Altvater

Nach Altvater läßt das Kapital bestimmte Verhältnisse gar nicht erst zustande kommen, "wenn ihre Herstellung nicht profitabel ist oder aber ihre Herstellung in einem Ausmaß und unter Bedingungen erfolgt, die die Existenz der gesamten Gesellschaft gefährden", so daß eine Instanz neben und außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft notwendig wird, "deren Handeln ... nicht von der Notwendigkeit der Mehrwertproduktion bestimmt ist" und in der sich eine "das Durchschnittsinteresse des Kapitals ausdrückende Form entwickelt" (78). Nach der Feststellung, daß der Staat deshalb auch immer nur ideeller oder fiktiver Gesamtkapitalist ist und keinesfalls Instrument der Monopole, fährt er fort:

"Welches sind aber die Funktionen, die der Staat innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft wahrnimmt, da Einzelkapitale sie nicht wahrzunehmen vermögen? Es sind dies im wesentlichen vier Bereiche, in denen der Staat vor allem tätig wird, nämlich: (1) Herstellung allgemeiner materieller Produktionsbedingungen ('Infrastruktur'); (2) Setzung und Sicherung von allgemeinen Rechtsverhältnissen, in denen sich die Beziehungen der Rechtssubjekte in der kapitalistischen Gesellschaft abspielen; (3) Regulierung des Konflikts Lohnarbeit und Kapital und gegebenenfalls politische Unterdrückung der Arbeiterklasse und zwar nicht nur mit rechtlichen, sondern auch mit polizeilichen und militärischen Mitteln; (4) Sicherung der Existenz und Expansion des nationalen Gesamtkapitals auf dem kapitalistischen Weltmarkt."  
(79)

In bezug auf den Funktionsbereich 'Herstellung allgemeiner Produktionsbedingungen' erläutert er dann, daß dessen Bestimmung "vom historischen Stand der Kapitalentwicklung" (80) abhängt. "Der Staat ist also ... den Einzelkapitalen gewissermaßen komplementär, wobei diese 'Komplementarität' staatlicher Funktionen jeweils historisch bestimmt ist" (81).

Diese Thesen Altvaters haben die gesamte Diskussion stark geprägt, nahezu alle folgenden Arbeiten haben mehr oder weniger kritisch darauf Bezug genommen (82). Gegen den Ansatz von Altvater wird vor allem vorgebracht, daß

die angeführten Gründe die Etablierung eines Staates noch nicht zwingend notwendig machen, weil sich Kapitalisten zusammenschließen könnten, um einige nichtprofitabile

Bedingungen zu schaffen. Kosten müssen sie ohnehin über die Steuer tragen, die als Grundlage der ökonomischen Existenz des Staates genauer zu untersuchen wäre (83).

- die Nennung der Staatsfunktionen mehr eine relativ beliebige additive Aufzählung darstellt denn eine systematische Ableitung, mit dem Ableitungsanspruch zugleich aber der Staat als vollkommen bestimmte Form gesehen wird, und jede Staatstätigkeit nur noch als Ausdruck seines 'Wesens' begriffen werden kann (84).
- aus nicht ohne weiteres ersichtlichen Gründen die Funktion, die gemeinhin als 'Interventionismus' auftritt, nicht explizit genannt wird: die Funktion der Krisenregulierung (85).
- die Antwort auf die 'historische Frage' offenbleibt und nicht zwischen Intention und Realität staatlichen Handelns unterschieden wird (86) und
- die Frage, wie sich das 'Komplementaritätsverhältnis' jeweils konkret herstellt, und wie dies überhaupt möglich ist, nicht thematisiert wird (87).

## 2. Der Ansatz von Flatow/Huisken

Die Autoren kommen zu der These, "daß erst von der Bestimmung der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft aus sich jene Zusammenhänge ergeben, die es erlauben, das Wesen des bürgerlichen Staates in den Griff zu bekommen" (88). Sie stellen deshalb die 'Herausbildung der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft' (89) dar und entwickeln die 'Interessen der Privateigentümer von Revenuequellen' (90). Diese sind "wesentlich drei Interessen: a) das Interesse an der Erhaltung der Revenuequelle selbst, b) das Interesse an möglichst hoher Revenue..., c) das Interesse an kontinuierlichem Fluß der Revenue" (91).

"Als Privateigentümer überhaupt, als Vertreter des allgemeinen Interesses an Aufrechterhaltung der Bedingungen von Privateigentum - welcher stofflicher Substanz auch immer - konstituieren die Privateigentümer an der Oberfläche jene Sphäre des realen Scheins von Gleichheit, Freiheit und Unabhängigkeit, welche die Möglichkeit der Entfaltung des bürgerlichen Staates in sich birgt" (92).

Zu den 'allgemeinen Interessen an Aufrechterhaltung von Privateigentum' gehören a) der Schutz und die Sicherung des Privateigentums, b) ein gesichertes Wirtschaftswachstum und c) ein krisenfreies Funktionieren der Wirtschaft. Da es auch Interessen gibt, auf die sich nicht alle Privateigentümer einigen können, kommt es zu Interessenkoalitionen, die von der Gesamtgruppe der Eigentümer einer der drei Revenuequellenbesitzer bis hin zur Koalition der Eigentümer aller drei Quellen innerhalb einer Sphäre reichen können (93). Das besondere Dasein des Staates wird mit dem Widerspruch zwischen allgemeinen und besonderen Interessen zur Notwendigkeit. Bei der Vollstreckung der allgemeinen Interessen kann sich der Staat durchaus in den Gegensatz zu einzelnen oder auch allen Klassen und Fraktionen begeben (94). Was sich aber in Form von staatlichen Handlungen warum, wann und wie durchsetzt, ist nicht ableitbar. Damit wird "deutlich, daß ein methodischer Zwang zu einer allgemeinen Ableitung spezifischer Staatstätigkeiten in unserem Kontext nicht mehr besteht ..." (95).

Die Kritik an der Arbeit von Flatow/Huisken bezieht sich nicht auf die von den Autoren genannten Staatsfunktionen (die auch als Durchsetzungsmechanismen kapitalistischer

Interessen in der staatlichen Politik interpretierbar wären), sondern auf die vorgenommenen Ableitungsschritte:

- es wird bemängelt, daß die Autoren zwar zwischen allgemeinen und besonderen Interessen differenzieren, nicht jedoch die Notwendigkeit ihrer Trennung abgeleitet haben (96)
- mit der Definition des staatlichen Wesens und der Betrachtung staatlicher Handlungen als dessen Ausdruck können Widersprüche der Staatstätigkeit nicht mehr begründet werden, wodurch deutlich wird, daß der Ausgangspunkt für die Ableitung des Staates nicht die Ebene der Oberflächen-Erscheinungen sein kann (97)
- bei dem Versuch der Bestimmung von Staatsfunktionen stellen Flatow/Huisken mit dem 'ökonomischen Grundbeziehungen und Gesetzmäßigkeiten' zugleich den Sinn der Oberflächenbestimmungen selbst zur Diskussion; die konkreten Staatsfunktionen werden zu einer 'historischen Frage', bei der methodisch kein Ableitungszwang besteht (98). Damit ist kein grundsätzlicher Unterschied mehr zu der von den Autoren kritisierten Arbeit Altvaters gegeben (99).
- es besteht die Möglichkeit, daß, wie bei Altvaters Staatsfunktionsbestimmung, auch bei Flatow/Huiskens Ableitung trotz aller Ausklammerung der Historie der Versuch einer modellhaften Beschreibung der Verhältnisse in der Bundesrepublik vorgenommen wurde (100).

### 3. Der Ansatz von Boccara

Im Rahmen der Theorieansätze des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' wird versucht, die Notwendigkeit der staatlichen Eingriffe und deren ständige Ausweitung mit der Fäulnistendenz und der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zu begründen (101). Boccara z.B. sieht im Zusammenhang mit der strukturellen Entwertung des Kapitals die zunehmende Notwendigkeit staatlicher Intervention als Verwertungshilfe und Entwertungshilfe zugleich (102).

Gegen diesen Ansatz wurde bemerkt:

- solange es keinen revolutionären Umsturz gibt, sind Krisen nicht nur Zusammenbruch, sondern zugleich auch Reinigungskrisen zur Vorbereitung eines neuen Aufschwungs, was in Deutschland sowohl nach 1933 als auch nach 1945 und 1967 deutlich geworden ist (103). Das steht auch empirisch offensichtlich im Widerspruch zu ständigen Behauptungen der Fäulnistendenz des Kapitalismus und der Blockade der weiteren technischen Entwicklung (104) und konnte auch durch die Behauptung ständig neuer Krisenetappen (105) nicht vertuscht werden.
- die Auffassung, daß staatliche Aktivitäten Krisen nennenswert beeinflußt haben, kann nicht zutreffen, weil weder die langfristige Entwicklung der Profitraten entscheidend verändert (106) noch Krisen kurzfristig erkannt (107) bzw. der Konjunkturverlauf wesentlich beeinflußt werden konnten (108).
- die Ausgangsannahme, daß eine Zunahme staatlicher Infrastrukturmaßnahmen zwingend notwendig ist, kann empirisch widerlegt werden. Die infrastrukturelle Staatstätigkeit in der Bundesrepublik hat nicht zugenommen, und das nicht zuletzt deshalb, weil sie selbst in hohem Maße von der konjunkturellen Entwicklung abhängig ist (109).

In Anbetracht aller 'Ableitungsversuche' kommen Ronge/Schmiege zu der Überzeugung, daß wegen der abstrakten Bestimmung staatlicher Funktionen aus der mangelnden Aufgabenerfüllung durch den Staat auch nur auf abstrakte und 'tendenzielle', nicht jedoch konkrete Krisen geschlossen werden kann und "man sich das Vermögen, über konkrete Krisen etwas auszusagen, erschleicht" (110). Sie sind demgegenüber der

Meinung, daß staatliche Maßnahmen und insbesondere staatliche Planung nicht die letzte Möglichkeit der Krisen- und Problemlösung sein können (111).



#### 4. Der Ansatz von Blanke/Jürgens/Kastendieck

Das Problem der Grenzen der Staatsableitungen wird von diesen Autoren klar gesehen. Weil sich oft "die angeblich zwingend abgeleitete Staatsform- und -funktionsveränderung ... als gar nicht so zwingend" (112) erweist, wollen Blanke u.a.

"zweierlei vermeiden:

- 1) mit der Ausgangskategorie implizit schon alle Fragen zu beantworten, also einen Staatsbegriff an den Anfang zu stellen, der nur noch auf seine Bestimmungen hin 'entfaltet' zu werden braucht;
- 2) sich bei der Ableitung des Staates auf den allgemeinen Begriff des Kapitals zu beschränken, wie er von Marx dargestellt wurde, und Geschichte und Empirie als außerhalb des Begriffs zu betrachten und nurmehr als Modifikation in die Analyse hineinzunehmen" (113).

Mit ihrem Vorgehen, das sie Formanalyse nennen (114), kommen sie zu dem Resultat, daß die Personen in die Form des\_ Rechtssubjekts versetzt werden, und der Staat mit der Aufgabe der Setzung von Recht auch außerökonomische Gewalt zu dessen Durchsetzung erhält (115). Die Garantie des Eigentums sowohl des Arbeiters wie des Kapitalisten zielt entscheidend auf den Schutz des Kapitalverhältnisses (116). Zusammenfassend können die Autoren "folgendes feststellen:

sucht man den Prozeß der Verrechtlichung des sozialen Grundkonflikts der Entstehung einer 'Funktion' des Staates zuzuordnen, so könnte man sie mit der Herstellung des sozialen Friedens zwecks eines stetigen und planbaren Reproduktionsprozesses umschreiben ... Sucht man nach einer Bezeichnung für das Grundproblem, oder den 'Grundwiderspruch' dieser Staatsfunktion, so besteht dieser darin, daß der Staat mit dem sozialen Frieden eben die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit zu erhalten hat, die diesen gefährden; und nicht sie abzuschaffen" (117).

Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt auch Wirth, die in der Garantie der Gültigkeit des Rechts und des Geldes als Medium des Tauschprozesses die einzigen staatlichen Funktionen sieht, die sich auf der allgemeinen Ebene begründen lassen (118).

## 5. Zusammenfassung der Ergebnisse der 'Ableitungsdiskussion'

Festgehalten werden kann, daß mit der Herausbildung von Territorialstaaten staatliche Gebilde entstanden sind, die mit einer bestimmten ökonomischen Potenz (Steuereinnahmen, Land- und Wasserbesitz) und politischen Macht (Setzung und Durchsetzung von Recht, weitgehende Gewaltmonopolisierung) ausgestattet und deshalb prinzipiell in der Lage waren, in gesellschaftliche Gegebenheiten und Entwicklungen einzugreifen. Im Kapitalismus ist der Staat meist nicht der Notwendigkeit der Mehrwertproduktion unterworfen und muß versuchen, auch eindeutiges Handeln im Interesse der Kapitalverwertung als im 'Allgemeininteresse' darzustellen und den 'sozialen Frieden' zu erhalten. Die Tatsachen, daß es in unterschiedlichen kapitalistischen Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten höchst unterschiedliche staatliche Aktivitäten gibt und daß der Staat nicht die letztmögliche Krisenlösungsinstanz ist, machen es problematisch und sogar unmöglich, ableitungsmäßig zu bestimmen, warum der Staat in einem bestimmten Bereich zwingend wie eingreifen muß. Das wird auch dadurch nicht anders, daß im Nachhinein meist immer eine ökonomische oder politische Logik und irgendein kapitalistischer Vorteil aus allen staatlichen Maßnahmen herausinterpretierbar sind und diese in irgendeiner Weise klassifiziert werden können.

Nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Arten und Ebenen auch kapitalistischer Interessen ist die These plausibel, daß die staatliche Funktion des Schutzes der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vor Revolution und die Entwicklung und Garantie von Ordnungsprinzipien im scheinbar allgemeinen Interesse sehr gut durch eine pluralistische Struktur und einen partikularisierten, chaotisch erscheinenden politischen Aufbau und Entscheidungsfindungsprozeß zu gewährleisten sind (119). Zur Beantwortung der Frage, warum der Staat wann wie eingreift, und zur Analyse der Ursachen, Folgen und Probleme staatlicher Politik sind empirische Arbeiten nötig, die sich auf staatliche Politikbereiche, staatliche Finanzentwicklungen oder staatliche Eingriffe in einem gesellschaftlichen Teilbereich beziehen können. Auf einige wichtige Ergebnisse empirisch orientierter Arbeiten soll im folgenden eingegangen werden.

### **III. Probleme staatlicher Politik im Spätkapitalismus**

Viele oft empirisch orientierte Arbeiten haben sich mit den Grenzen staatlicher Prognostik und Planung, den Schwierigkeiten staatlicher Reformpolitik, der Entwicklung und Struktur der Staatsausgaben, den Legitimationsproblemen des Staates, der Finanzkrise und den Auswegstrategien des Staates, der Selektivität staatlicher Maßnahmen und den Ursachen und Folgen der Verstädterung beschäftigt (120). Im folgenden sollen kurz die Überlegungen zu den Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Planung, zur Finanzkrise und den Auswegstrategien des Staates und zu den Legitimationsproblemen staatlicher Politik dargestellt und im Zusammenhang mit der jüngsten Entwicklung in der Bundesrepublik diskutiert werden.

## 1. Grenzen staatlicher Prognosen und Planungen

In bezug auf das Problem der Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Prognosen und Planungen standen neben theoretischen Überlegungen empirische Analysen besonders im wirtschafts- und bildungspolitischen Bereich. Aufgrund der Tatsache, daß in einer kapitalistischen Gesellschaft weder die gesamtwirtschaftliche Entwicklung noch die Investitionen oder sonstige Maßnahmen der Einzelunternehmen exakt vorhersehbar sind, wurde auf die strukturelle Begrenztheit der Präzision staatlicher Prognosen und Planungen geschlossen. Besonders deutlich gemacht werden konnte diese These am Beispiel der Bildungsplanung, wo die betriebliche Arbeitsplatzentwicklung als eine von den Verwertungsentscheidungen der Unternehmen abhängige Größe betrachtet wurde, die eine funktionale Bildungsplanung unmöglich macht. Diese Annahme wurde empirisch bestätigt und dabei klargemacht, daß wissenschaftliche Analysen zur Bildungsplanung nur der zeitweiligen Begründung der Steigerung der Bildungsausgaben und der Erweckung des Eindrucks gedient haben, daß überhaupt geplant wird (121). Auch die Prognosen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben sich durch so geringe Treffsicherheit ausgezeichnet, daß z.B. noch wenige Monate vor der Krise 1966/1967 mit einer 'günstigen' Wirtschaftsentwicklung gerechnet wurde (122). In welche Schwierigkeiten, Widersprüche und 'Schwankungen' eine politische Partei geraten kann, die im Prinzip von der Wahrscheinlichkeit eines dauerhaften krisenfreien kapitalistischen Wachstums ausgeht, soll am Beispiel der SPD und ihrer führenden Repräsentanten aufgezeigt werden:

Nachdem die erste größere Rezession in der Bundesrepublik im Gefolge des Eintritts der SPD in die Bundesregierung überwunden war, glaubte die SPD, sie könne die Vollbeschäftigung garantieren. Im Bremer Bürgerschaftswahlkampf von 1971 wurde z.B. verkündet "Wir sichern die Arbeitsplätze.SPD", und im Bundestagswahlkampf von 1972 wurde vor Strauß damit gewarnt, daß dieser eine halbe Million Arbeitslose einkalkulieren würde. Als die Zahl der Arbeitslosen dann unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung am Jahresende 1974 fast eine Million plus eine Million Kurzarbeiter erreicht hatte, mußte der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Bundeskanzler Schmidt eingestehen: "Inzwischen ist eine Strukturkrise der Weltwirtschaft eingetreten, die in diesem Ausmaß und in dieser Plötzlichkeit niemand auf der ganzen Welt vorhergesehen hat" (123). Zum Jahreswechsel

ließ er schon wieder im Namen der Bundesregierung in ganzseitigen Zeitungsanzeigen verkünden: "Der Aufschwung kommt. Im Frühsommer werden wir über den Berg sein" (124). Im Frühjahr ging die SPD in den Wahlkampf im größten Bundesland - Nordrhein-Westfalen - mit der Parole "den Aufschwung wählen". Aber schon Anfang Juni, als sich die Frühsommer-Prognose bei einer Arbeitslosenzahl von immer noch einer Million mit der Perspektive einer weiteren erheblichen Steigerung im Herbst als falsch erwies, zitierte der 'Spiegel' gleich in zwei Ausgaben nacheinander das Eingeständnis des Bundeskanzlers und SPD-Führers: "Herr Ford weiß nicht, wann sein Aufschwung kommt und auch Herr Giscard nicht. Deswegen hat es auch keinen Sinn über Steuern, neue Konjunkturprogramme und den Haushalt zu reden" (125). Mit der krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung erwiesen sich nicht nur die im ersten SPD-Langzeitprogrammwurf unter der Leitung von Schmidt angenommenen Wachstumsraten als falsch, sondern auch die Planungen der Ministerien kamen durcheinander. So wurde beispielsweise "der Computer des Arbeitsministeriums ... mit Daten gefüttert, an die inzwischen niemand mehr glauben mag. Bei ihren Langzeit-Berechnungen nahmen die Sozialplaner eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von einem Prozent an. Liegt die dauerhafte Arbeitslosigkeit nur um einen Prozentpunkt höher, wovon inzwischen die meisten Ökonomen ausgehen, verringert sich beispielsweise der errechnete und bereits verplante Überschuß der Rentenversicherung um 30 Milliarden Mark" (126). Mit der wirtschaftlichen Krise scheint der Staat selbst in eine bisher in der Bundesrepublik nicht gekannte Schwierigkeit zu kommen, die O'Connor in den USA als 'Finanzkrise des Staates' analysiert hat.

## 2. Die Finanzkrise des Staates

Lange bevor sich in der bundesrepublikanischen Presse Berichte über die Finanzkrise in den USA häuften und im Juli 1975 mit der Meldung "New York entläßt 19.000 Angestellte" (127) ihren Höhepunkt erreichten, wurde in den USA selbst die "Finanzkrise des Staates" als die "Tendenz, daß die Ausgaben der Regierung die Einkünfte übersteigen" (128) analysiert. Von Bedeutung für die Entstehung der Finanzkrise sind die ständig steigenden Anforderungen vieler Gruppen und Klassen an den Staat (129) und die fortschreitende Inflation (130). Doch "die Brisanz der Krise ist dem Zusammentreffen verschiedener Tendenzen ... zuzuschreiben" (131):

- der Sozialisierung großer Teile der Kosten des Monopolkapitals (auf lange Sicht) ohne entsprechende Sozialisierung der Profite - der mittelfristigen Aufblähung der Lohnkosten im staatlichen Sektor ohne mit den Lohnsteigerungen einhergehende Produktivitätssteigerungen
- der weltweiten Tendenz, daß immer mehr Menschen vom Staat abhängig werden
- der verstärkten wirtschaftlichen Stagnation, die eine Stagnation der Steuerbasis zur Folge hat.

Als Auswegstrategien des Staates sah O'Connor auf der Einnahmeseite insbesondere die Erhöhung der Staatsverschuldung und der Steuern; außerdem sind Ausgabenreduktionen durch Reprivatisierungen und damit verbundenen Rationalisierungen denkbar und wahrscheinlich (132). Außerdem können sich durch eine "Fusion öffentlicher und privater Mittel" und Investitionen des Monopolkapitals in soziale Programme sowohl dessen Kapitalverwertung verbessern als auch "die Finanzkrise des Staates teilweise auf direktem und unmittelbar wirksamem Wege gemildert werden" (133).

Auch in der Bundesrepublik wurde spätestens im Juni 1975 allgemein deutlich, daß die 'Finanzkrise des Staates' kein auf die USA beschränktes Phänomen ist. Am 9. Juni erschien eine Ausgabe des Wochenmagazins 'Der Spiegel' mit dem 'Titeltext' "Mehr Steuern - Weniger Sozialstaat" und am 21. Juni tauchte auf der Titelseite der Bremer Tageszeitung 'Weser-Kurier' in bezug auf die Bundesrepublik gleich zweimal das Wort "Finanzkrise" auf, einmal war von "schaler Demontage" die Rede. Am 25. Juli wurde gemeldet, die Finanzlücke

bei den Ausgaben des Bundes läge im ersten Halbjahr 1975 mit 22 Milliarden Mark um 14,7 Milliarden über der des Vergleichszeitraumes des Vorjahres. Schon im Mai 1975 wurde unter der Überschrift "Hessen baut soziale Leistungen ab" der sozialdemokratische Finanzminister zitiert, der meinte: "Wenn nicht drastische Sparmaßnahmen ergriffen werden, steuern wir in den Staatsbankrott" (134). Auch wenn die Bundesrepublik aufgrund ihrer, im internationalen Vergleich gesehen, relativ niedrigen Verschuldung sicherlich als eines der letzten kapitalistischen Länder den Staatsbankrott anmelden müßte (135), hat sich die Lage so zugespitzt, daß schon viele Auswegmöglichkeiten in der 'Öffentlichkeit' diskutiert werden.

- 1) Überwiegend werden allgemeine Sparparolen auch für die Zeit nach der Wirtschaftsflaute ausgegeben. "Bundesfinanzminister Apel hob hervor ... , nach der Überwindung der Konjunkturschwäche aber müßten Bund, Länder und Gemeinden 'massiv sparen'." (136) Angeblich kursierte in Bonn im Juni 1975 eine Liste mit Sparvorschlägen. "Entgegen offizieller Darstellung der Regierung scheinen zahlreiche Gesetzesvorhaben vorerst auf Eis gelegt zu sein. Sie würden, falls dennoch verwirklicht, zwischen - 1975 und 1978 rund drei Milliarden Mark kosten" (137). Diese Einsparungen treffen u.a. die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs, auch im Schulbereich und in der Forschung werden kurzerhand 'Mittel eingespart'.
- 2) Die Regierung ist außerdem bestrebt, die Staatsverschuldung zu erhöhen. "Bundesregierung und Koalition haben mit Nachdruck die Notwendigkeit einer weiteren Verschuldung des Bundes über die bereits bestehende hohe Kreditaufnahme hinaus unterstrichen" (138). Weil aber die Verpflichtungen "trotz einer Rekordverschuldung" nur mühsam erfüllt werden können, suchen Bonns Etatverwalter darüberhinaus "verzweifelt nach neuen Geldquellen" (139).
- 3) Gedacht wird außerdem an eine - wenn auch immer wieder dementierte - Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Erhöhung von Gebühren und z.B. Rentenversicherungsbeiträgen. "Der Arbeitsminister wird - entgegen allen Beteuerungen - den Bürgern schon bald höhere Beträge abfordern müssen" (140) vermutete der 'Spiegel'.
- 4) Der Abbau von Sozialleistungen soll von Kanzler Schmidt "im Kreise seiner Vertrauten verkündet" (141) worden sein, und auch der Präsident der Bundesbank, Karl Klasen (SPD) hat "erklärt, die Staatsfinanzen seien nur durch radikale Eingriffe bis hin zum

Einfrieren der dynamischen Rentenansprüche zu sanieren" (142). Nach Auskunft des hessischen Finanzministers (SPD) "müssen scharfe Einschnitte auf Gebieten vorgenommen werden, die bisher als unabdingbar galten, vor allem auf dem Bildungs- und Sozialsektor" (143).

- 5) Wenn auch nicht Massenentlassungen von Staatsangestellten wie in New York ins Auge gefaßt werden, so ist doch zumindest an eine Reduzierung von Neueinstellungen und einen Lohn- und Beförderungsstopp gedacht. In Bremen wurden die neuen Beamtenstellen für die Zeit von 1976 bis 1979 von 3.000 auf 2.000 reduziert, in Hessen erklärte der schon zitierte Minister: "Weil die 'Maßstäbe verlorengegangen sind und wir alle über unsere Verhältnisse gelebt haben', müsse der Leistungsrahmen in den kommenden Jahren unter das bisherige Niveau zurückgenommen werden" (144). Eine Studie des SPD-Parteivorstandes wollte den Beamtenetat nicht nur durch den Wegfall der Regelbeförderung, sondern durch die Streichung weiterer 'Privilegien' rigoros kürzen. Die FDP konterte mit der Forderung nach einem Lohnstopp.
- 6) Von Seiten der FDP wird verstärkt auf die Möglichkeit der Entlastung des Staatshaushaltes durch die Reprivatisierung von Krankenhäusern und Staatsbetrieben hingewiesen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Otto Graf von Lambsdorff, räumte solchen Plänen im Zeichen der Finanzkrise sogar gute Chancen ein: "Das weitere wird von selbst kommen. Denn bei der Knappheit der finanziellen Mittel der öffentlichen Hand wird die von mir befürwortete Entwicklung notgedrungen kommen: Wenn man kein Geld mehr hat, um Krankenhäuser zu bauen, wird man von selbst jemanden suchen, der das in die Hand nimmt" (145). Wenig später erklärte dann der von der FDP gestellte Innenminister Maihofer in einem Fernsehinterview, Reprivatisierungen seien notwendig und der Staat solle sich auf unverzichtbare "eigentlich staatliche Aufgaben" wie Hoheitsverwaltung, Polizei, Justiz usw. konzentrieren, die nicht aufgrund privater Initiative zu erbringen sind (146).
- 7) Darüberhinaus wird versucht, durch eine Veränderung der Rücklagevorschriften z.B. der Rentenversicherung finanziellen Spielraum zu gewinnen. "Im Klartext: Die eiserne Reserve soll gekürzt werden" (147).



Bei der Aufzählung der Ansätze staatlicher Mittelkürzungspolitik wird deren Selektivität deutlich: 'Die Wirtschaft' wird mit allen nur erdenklichen Mitteln subventioniert (Konjunkturprogramme), während die Kürzungen in Bereichen einsetzen, die eindeutig zu Lasten der abhängig Beschäftigten gehen und in denen eine 'harte' Interessenorganisation (z.B. im Sozialbereich) der Betroffenen nur schwer möglich ist.

Als eine mögliche Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Sparmaßnahmen des Staates wurde eine Legitimationskrise größeren Ausmaßes angenommen. Die Ausgangsthesen derartiger Überlegungen sollen im folgenden dargestellt und mit der Situation in der Bundesrepublik konfrontiert werden.

### 3. Legitimationsprobleme in der Bundesrepublik

Als Folge der wirtschaftlichen Krisenentwicklung und der offenkundigen Finanzkrise des Staates mit der Tendenz des Abbaus sozialstaatlicher Leistungen sah O'Connor in den USA eine "Legitimationskrise des Staates" (148) entstehen, die bei wachsenden Gruppen der Bevölkerung zu einer militanten Oppositionshaltung geführt hat (149). Für die Bundesrepublik nahm Offe an, daß es einen Punkt geben wird, an dem "der Staat nicht mehr in der Lage ist, seine evidenten Funktionen zu legitimieren bzw. seinen Legitimationsbedarf unter Wahrung der Grenzen kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu decken" (150). Im Zusammenhang mit der Proklamation der Vollbeschäftigungspolitik glaubte er: "Der Tatbestand der Arbeitslosigkeit ändert, wo immer sie auftritt, seine soziale Definition; er wird nicht mehr als periodisches Ereignis in einem blind wirkenden wirtschaftlichen Konjunkturzyklus, sondern als 'schuldhaftes' und daher 'einklagbares' Versagen politisch-administrativer Steuerung perzipiert ... 'Das politische System ... gerät sofort in ein Legitimationsdefizit" (151). Ein Jahr nach Offe griff Habermas diese Thesen in seinem Buch über 'Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus' (152) noch einmal auf. Die These des drohenden Bruches von Legitimationsmustern im Falle der Nichterfüllung von Erwartungen aufgrund eines wie auch immer zustande gekommenen 'Anspruchsniveaus' wurde von der industriesoziologischen Forschung scheinbar empirisch bestätigt. Für die Erwartungen in bezug auf die Lohnentwicklung wurde in der Bundesrepublik und in England festgestellt, daß bei Arbeitern ein 'Verlängerungsmechanismus' wirkt, der die langjährige, weitgehende Entpolitisierung bewirkende Erfahrung ständig steigender Löhne in die Zukunft projiziert und ein entsprechendes Anspruchsniveau produziert (153). Für den Fall, daß die Lohnentwicklung diesen Ansprüchen nicht genügt, wird eine wachsende Streikbereitschaft angenommen, die sich in der Bundesrepublik z.B. in den spontanen Arbeitsniederlegungen vom September 1969 niedergeschlagen hat (154). Sicherlich auch auf Schumanns Feststellung, daß "auch mit von der Gewerkschaft unabhängigen Aktionen zu rechnen" ist, wenn "die Gewerkschaften mit ihren Aktivitäten diese 'Befriedigung' der Erwartungen nicht zu leisten vermögen" und dabei "die Loyalitätsschwelle ... weniger schwer zu überwinden" (155) ist, stützte das Frankfurter Institut für Sozialforschung eine Gewerkschaftsstudie mit der Annahme, die 'kooperative Gewerkschaftspolitik' gerate zunehmend in die Krise (156).

Stellvertretend für viele Linkssozialisten in der Bundesrepublik glaubte das Sozialistische Büro sogar, über den Wahlsieg der SPD bei den Bundestagswahlen von 1972 und das anschließende Scheitern ihrer Politik könne man "die Massenloyalität der Arbeiter zur SPD überwinden" (157). Im scheinbaren Gegensatz zu all diesen Annahmen ist Mitte 1975 in der Bundesrepublik zumindest zunächst festzustellen, daß

- die ökonomische Krisenentwicklung dem politischen System und der Regierung nicht sehr stark angelastet wird.
- bei Wahlen in der letzten Zeit keineswegs ein Schwinden von Massenloyalität gegenüber der SPD zu bemerken ist, sondern die Partei in Regionen mit 300.000 Arbeitslosen wie Nordrhein-Westfalen und einer der Städte mit der höchsten Arbeitslosenquote wie Gelsenkirchen Stimmenverluste weitgehend vermeiden konnte.
- trotz einiger Veränderungen bei den Betriebsrätewahlen 1975 (158) von einer Krise der kooperativen Gewerkschaftspolitik nicht die Rede sein kann, sondern der Vorsitzende des DGB den Unternehmern und der Regierung unwidersprochen 'Stabilitätspakte' anbietet (159).

Im Gegensatz zu allen Vermutungen einer Legitimationskrise kann der 'Spiegel' ein Ausmaß an politischer Stabilität feststellen, "das kein Politiker für möglich gehalten hat. Überrascht registrierten die Koalitionspolitiker, daß trotz der schwersten Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Bundesrepublik die Bundesbürger weder zu radikalen, links oder rechts, noch zu naiven Propheten von der Art des dänischen Steuerverweigerers Mogens Glistrup fliehen. Ausgerechnet die Sozialdemokraten, die den Deutschen vor allen anderen stets lautstark sichere Arbeitsplätze versprochen haben, erhalten wieder Zulauf, obwohl zwei Millionen Bundesbürger kurz- oder gar nicht arbeiten" (160). Die Klärung der Frage, warum die offensichtlichen wirtschaftlichen und finanziellen Krisenerscheinungen nicht zu einer Legitimationskrise großen Ausmaßes geführt haben (damit soll nicht behauptet werden, die Meinungen und Einstellungen der Menschen seien unverändert geblieben), würde differenzierte theoretische und empirische Anstrengungen erfordern und kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden. Im folgenden sollen nur einige Faktoren erwähnt werden, die wahrscheinlich alle eine gewisse Rolle spielen:

- 1) Der Bundesregierung und den Koalitionsparteien scheint es gelungen zu sein, die Krisenentwicklung als über den Weltmarkt hereinbrechende Katastrophe darzustellen, für die sie keine Verantwortung tragen, in der sie aber dafür gesorgt haben, daß die Preisstabilität und die soziale Sicherheit größer sind als in allen anderen kapitalistischen Ländern. Diese Interpretation der Krise, die anscheinend von breiten Kreisen der Bevölkerung aufgenommen worden ist, hat ihre Grundlage in der Gleichzeitigkeit der Krise in allen wichtigen kapitalistischen Ländern und zur Folge, daß die Krise nicht der Regierung oder gar der SPD, sondern dem Weltmarkt schlechthin, den Ölscheichs, den Unternehmern und auch den Gastarbeitern angelastet wird. Dabei haben sicherlich auch die Stellungnahmen der Gewerkschaften eine entscheidende Rolle gespielt, die 1966/67 bei einer Preissteigerungsrate von 3 % die CDU-Regierung massiv kritisierten und 1975 bei einer Inflationsrate von über 6 % der SPD/FDP-Regierung Verständnis entgegenbringen und zu ihrer Unterstützung im 'Kampf gegen die Inflation' bereit sind.
- 2) Die - wenn auch nicht optimale, so doch überdurchschnittliche - soziale Absicherung von Arbeitslosen und Kurzarbeitern und die Modifikation der Zahlweise des Arbeitslosengeldes, die die Präsenz der Arbeitslosen 'auf der Straße' vermieden haben, können ebenso wie die Krisenerfahrung von 1966/67 und die Kenntnis über Krisenprobleme in anderen kapitalistischen Ländern dazu geführt haben, daß ein 'Krisenschock' wie 1967 mit einem rapiden Anstieg der NPD-Stimmen bei Wahlen (z.B. in Bremen auch in Arbeitervierteln um +8 %) ausgeblieben ist.
- 3) Darüberhinaus scheinen zumindest zeitweilige Verlagerungen im Anspruchsniveau besonders der Arbeiter vorzugehen, wobei die in Zeiten des Booms geäußerten Erwartungen in bezug auf Lohnsteigerungen weit hinter das Interesse an einem gesicherten Arbeitsplatz bzw. überhaupt an Arbeit zurücktreten (was sich im Falle eines neuen Aufschwungs wahrscheinlich wieder verändern und keine politisierende Wirkung haben wird).
- 4) Diese Veränderung der Erwartungshaltung und die weitgehende Passivität werden sicherlich durch die disziplinierende Wirkung der großen Zahl der Arbeitslosen 'vor der Tür' verstärkt.

- 5) Die Alternative einer 'härteren', weniger kooperativen Gewerkschaftspolitik stellt sich wahrscheinlich in Zeiten der Krise deshalb nicht so stark, weil mit den 'leeren Kassen' die Einsicht gewachsen ist, daß auch durch noch so harte Politik nur dort etwas 'herauszuholen' ist, wo wirklich etwas vorhanden ist.
- 6) Die Stabilisierung der SPD-Stimmen bei den letzten Landtagswahlen scheint eine wesentliche Grundlage in der Verbreitung der Erkenntnis zu haben, daß die konservative Opposition an der Regierung die Lage der abhängig Beschäftigten eher verschlechtern als verbessern würde. Darüberhinaus spielt sicher eine Rolle, daß im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern eine wählbare 'linke' Alternative zur SPD, die auch noch Chancen zur Überwindung der 5%-Klausel hätte, nicht vorhanden ist.

#### **4. Zusammenfassung**

Zusammenfassend kann in bezug auf die Probleme staatlicher Politik gesagt werden, daß der Staat nicht nur gestaltend in die ökonomischen, politischen und sozialen gesellschaftlichen Prozesse eingreift, sondern seine Maßnahmen selbst stark insbesondere von der ökonomischen Entwicklung abhängig sind. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise wird deutlich, daß längerfristige staatliche Prognosen und darauf aufbauende Planungen nicht möglich sind, der Staat selbst in finanzielle Schwierigkeiten gerät und seine Sparmaßnahmen vor allem in personalintensiven Bereichen wie dem Bildungs- oder Sozialbereich ansetzen. Maxime staatlichen Handelns scheint dabei zu sein, möglicherweise entstehende Konflikte von vornherein auf Ebenen und in Bereiche zu verlagern, wo Gegenmaßnahmen der Betroffenen nur schwer organisier- und durchsetzbar sind. Für die Bundesrepublik bleibt festzuhalten, daß trotz massiver ökonomischer und finanzieller Krisenerscheinungen eine manifeste Legitimationskrise weder des politischen Systems noch der SPD und der Gewerkschaft eingetreten ist - zumindest bis zum September 1975.

## IV. Zusammenfassung und Fragestellungen

Im folgenden sollen die Ergebnisse des theoretischen Teils der Arbeit in Thesenform zusammengefaßt und anschließend daraus sich ergebende Fragestellungen für die empirische Analyse entwickelt werden.

### 1. Zusammenfassung der Ergebnisse des theoretischen Teils

- (1) Trotz der ständigen Zunahme der Konzentration und Zentralisation von Kapital stellen selbst die größten Konzerne auf nationaler wie auf Weltmarktebene Einzelkapitale dar. Weder die Bildung von multinationalen Konzernen noch die Preisabsprachen der Großunternehmen führen zu einer Aufhebung der Konkurrenz als 'äußeres Zwangsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise'.
- (2) Nicht zuletzt wegen der Vielfalt einzelkapitalistischer Interessen und der nicht durch Einzelunternehmen steuerbaren ökonomischen Gesamtentwicklung kommt es nicht zu einer Verschmelzung von Monopol- und Staatsmacht mit der Konsequenz, daß der Staat zum Instrument monopolistischer Politik wird.
- (3) Der Staat ist als mit relativer Autonomie ausgestattete 'besondere Instanz' der bürgerlichen Gesellschaft anzusehen, der auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise durchaus auch Maßnahmen gegen die erklärten Interessen und Wünsche einzelner oder aller Kapitalisten durchführen und Interessen der abhängig Beschäftigten schützen kann.
- (4) Weil aber der Staat in seinem Bemühen um das 'Allgemeininteresse' und das 'nationale Wohl' z.B. bei der 'Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung' letztlich im kapitalistischen Interesse die bestehenden Eigentumsverhältnisse aufrechterhält oder z.B. bei der 'Förderung des nationalen Wohls' über die Förderung des 'Funktionierens der Wirtschaft' das Gedeihen kapitalistischer Unternehmen unterstützt, können sich in der Regel die politischen Interessen der ökonomisch herrschenden Klassen strukturell durchsetzen. Eine bedeutende Rolle spielt dabei deren Hegemonie, verstanden als ideologische Vorherrschaft, die es den herrschenden Klassen ermöglicht, ihre Interessen als stellvertretend für die Interessen aller darzustellen.

- (5) Die Grundlage staatlicher Existenz und der Möglichkeit staatlicher Eingriffe liegt in der ökonomischen Potenz (Steuereinnahmen, Land- und Wasserbesitz) und der politischen Macht (Setzung und Durchsetzung von Recht, weitgehende Gewaltmonopolisierung) des Staates. Dabei faßt der Begriff 'Staat' eine Vielzahl von Institutionen und Instanzen zusammen.
- (6) Über die zentrale Aufgabe der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die Setzung und Durchsetzung von Recht (und die dabei entstehende Schwierigkeit, alle Aktivitäten als 'im Interesse aller Bürger' darzustellen und den 'sozialen Frieden' zu erhalten) hinaus lassen sich durch 'Ableitungen' kaum haltbare Aussagen über 'Staatsfunktionen' machen. Die konkreten staatlichen Aufgabenbereiche sind nur für konkrete Gesellschaften durch konkrete Analysen zu erfassen.
- (7) Der Staat greift zwar folgenreich in die gesellschaftliche Entwicklung ein, ist aber zugleich selbst insbesondere von der ökonomischen Entwicklung abhängig. Durch die Unvorhersehbarkeit und die Nichtsteuerbarkeit dieser Entwicklung erweist sich der Staat als weitgehend reaktive Instanz, die zur Durchhaltung längerfristiger Prognosen und darauf aufbauender Planung nicht in der Lage ist.
- (8) Dadurch, daß der Staat selbst finanziellen Krisenentwicklungen ausgesetzt ist, besteht zumindest für die jeweilige Regierung tendenziell die Gefahr einer Legitimationskrise. Schon unter der Prämisse knapper Ressourcen geht eine 'Konfliktverdünnungsstrategie' in staatliches Handeln ein, die sich zur Erhaltung des 'sozialen Friedens' und zur Vermeidung von organisierter Opposition um die Verlagerung von Konfliktpotential auf die jeweils 'unterste' Ebene bemüht.



## **2. Fragestellungen für die empirische Analyse**

- (1) Wie setzen sich kapitalistische Interessen in der staatlichen Politik durch? Dominieren mehr strukturelle 'Durchsetzungsmechanismen' oder einzelkapitalistische 'Durchgriffe'?
- (2) Warum greift der Staat in einem gesellschaftlichen Teilbereich wie ein? Wie entwickelt sich die Quantität seiner Aktivitäten? (Der erste Teil dieser Frage wird durch die empirische Arbeit selbst, d.h. die Darstellung der Ursachen und Folgen staatlicher Eingriffe, beantwortet.)
- (3) Gibt es Ansätze staatlicher Prognostik und Planung, werden Grenzen deutlich? Wie wirken knappe Ressourcen oder finanzielle Krisen auf die Organisation staatlicher Eingriffe zurück? Gibt es Konfliktverlagerungen?

Zunächst soll in dem folgenden empirischen Teil eine systematische Darstellung der staatlichen Aktivitäten in einem gesellschaftlichen Teilbereich erfolgen, und erst danach wird in einem abschließenden Teil mit Hilfe des empirischen Materials direkt auf die Fragestellungen eingegangen.

## **C. ERGEBNISSE**

Als Ergebnisse der empirischen Untersuchung können in bezug auf die zusammenfassenden Thesen und die Fragestellungen des ersten Teils der Arbeit festgehalten werden:

### **1. Zur Frage der Durchsetzung kapitalistischer Interessen**

Trotz der Herausbildung von Großkonzernen sind im Seeverkehr und im Hafenumschlag nach wie vor Einzelkapitale vorhanden, die auf nationaler bzw. Weltmarktebene konkurrieren. Im Bremer Regionalstaat sind 'Träger der Staatsmacht' seit langem Sozialdemokraten und Gewerkschaftler, personelle Verflechtungen von 'Monopolen' und Staatsmacht sind nicht offensichtlich. Empirisch, belegt werden kann, daß konkrete staatliche Interventionsentscheidungen mehrheitlich ihre Ursache in bestimmten ökonomischen oder technologischen Entwicklungstendenzen hatten und im Interesse des 'regionalen Wohls' erfolgten, und daß 'Durchgriffe' einzelner Konzerne nur in dem Moment eine Chance hatten, wo sie diesen 'strukturellen Durchsetzungsmechanismen' entgegengekommen sind (bei der Förderung der Klöckner-Ansiedlung z.B. spielten die 'Interessen der Region' insofern eine Rolle, als der Hafenumschlag gefördert und die durch die Pleite des Borgward-Konzerns angespannte Arbeitsmarktlage verbessert werden sollten). Der Staat ist gezwungen, auf allgemeine Entwicklungen, Interessen von Kapitalistengruppen und Wünsche von Einzelkapitalisten zu reagieren:

#### **Entwicklungstendenzen**

Empirisch läßt sich festhalten, daß es sowohl gesamtgesellschaftlich als auch in Teilbereichen wie dem Außenhandel über See ökonomische Krisen, Technisierungssprünge, sich verändernde Güterströme und Arbeitsmarktsituationen gibt, die sich als Entwicklungstendenzen ausdrücken und nicht von Einzelunternehmen gesteuert und kontrolliert sind. Die zunehmende Kapitalintensivierung und Technisierung der Schifffahrt produziert z.B. Entwicklungen, die anderen Teilbereichen und auch einzelnen Reedern als 'Entwicklungen der Transportwirtschaft' erscheinen, an die Anpassung erforderlich ist.

- Der Staat, der die Entwicklung einer Region und deren Hafenumschlag fördern will, kann sich solchen Tendenzen wie z.B. denen nach Technisierung, Spezialisierung, Vergrößerung der Schiffe und damit auch der Tiefgänge und der Länge, der Vergrößerung des Kapitaleinsatzes in der Schifffahrt und dem Ansteigen des Außenhandels- und Hafenumschlagsvolumens nicht verschließen. Die beiden größten staatlichen Investitionsobjekte in Bremen hatten darin ihre 'Ursache': Der Neubau der Neustädter Häfen geschah aufgrund des 'Anwachsens des Güterumschlages', der Bau der Containerkaje in Bremerhaven wegen der 'technischen Entwicklung'. Damit hatte der Staat die relevantesten und perspektivvollsten Tendenzen aufgegriffen bzw. er hatte sie sich durch die Seehäfenkonkurrenz aufzwingen lassen. Als die Tendenz zur Containerisierung des Transports sichtbar wurde, hat sich der Bremer Staat nicht zuletzt deshalb für die Investition von Riesensummen entschlossen, weil damit Schiffslinien, Reedereien und andere Transportbetriebe in Bremen geblieben sind und über den Containerverkehr hinaus andere Güter (insbesondere Stückgüter) 'mitgezogen' haben. Die Tendenz wurde aufgegriffen, obwohl dabei eine für den Hafenbetrieb relevante Gruppe (die Stauereien) zunehmend entfunktionalisiert und damit in ihren Interessen erheblich verletzt wurde.
- Der Staat wird z.B. durch tendenzender Arbeitsmarktentwicklung zur Registrierung von Beschäftigungsproblemen und zur Unterstützung einer bestimmten Beschäftigungspolitik gezwungen. In Zeiten des Arbeitskräftemangels mußte der Staat die Anheuerung von Portugiesen fördern, in Zeiten der Flaute Massentlassungen und 'soziale Unruhen' durch Zahlungen an den GHB und den Ausbau des Garantielohnes zu vermeiden suchen.

### **Kapitalistische Gruppeninteressen**

Der Staat ist Adressat der Forderungen und Wünsche von Kapitalistengruppen, deren Interessen oft schon innerhalb einer Branche unterschiedlich und widersprüchlich sind und untereinander in Konkurrenz um staatliche Unterstützungen stehen. Empirisch ist deutlich geworden, daß die Gruppe der deutschen Reeder im Verbund mit der Werftindustrie eine

hohe staatliche Subventionierung des Schiffsneubaus und in einer bestimmten ökonomischen Situation die Aufhebung der Bardepotvorschriften für ihre Gruppe forderte.

Daran wird sichtbar, daß es eine Kapitalistengruppenkonkurrenz um staatliche Hilfen gibt (auch die Bauindustrie ist an 'Finanzspritzen' interessiert) und die Möglichkeit besteht, daß sich kapitalistische Gesamtinteressen (z.B. 'Stabilitätspolitik') durchaus an einzelnen Kapitalistengruppen vorbei und sogar gegen deren Interessen durchsetzen können.

Die Gruppe der deutschen Seehäfen beklagt sich über ihre schlechte Konkurrenzposition ('Wettbewerbsverzerrungen') gegenüber niederländischen Häfen, weil dort die Straßenverkehrsbetriebe infolge wesentlich niedrigerer Mineralölsteuern Güter zu günstigeren Tarifen befördern können als deutsche Firmen, was unmittelbar hafenrelevant ist. Die Forderung nach Senkung der Mineralölsteuer steht im Gegensatz zu den Interessen der Eisenbahn, die bei einer Frachtratensenkung im LKW-Betrieb nicht mehr konkurrenzfähig wäre. Die Gruppe der Unternehmer in einem Seehafen fordert in Konkurrenz zu denen in anderen Häfen den optimalen Bau und Ausbau ihrer Zu- und Abfahrtswege (Wasserstraßen, Autobahnen).

Oft sind der Bremer Staat und das Hafenressort allerdings selbst nur Transformator für Gruppeninteressen in die Bundesinstanz, wenn sie selbst keine Kompetenzen besitzen (Wasserstraßenbau, Autobahnbau, Reeder- und Werftsubventionen, Mineralölsteuer) - der Regionalstaat (oder Teile von ihm) ist Teil einer Lobby, die in der Bundesinstanz ihre Interessen gegenüber anderen durchzusetzen versuchen muß.

### **Einzelkapitalistische Interessen**

Auch von einzelnen Unternehmen werden Interessen an den Staat herangetragen. Aus der Vielfalt der Anforderungen scheint der Staat auf die einzugehen, die am meisten zur Förderung des 'regionalen Wohls' bzw. zur 'Förderung des Hafenumschlags' beitragen. Dabei ist mehrfach deutlich geworden, daß die für den Hafenumschlag und die Regionalentwicklung besonders bedeutenden Unternehmen die besondere Aufmerksamkeit und das besondere Wohlwollen des Staates genießen.

So wurde z.B. der Bremer Hafensenator in bezug auf die Reederforderungen nach Aufhebung der Bardepotvorschriften besonders aktiv, als die Großreederei HAPAG Lloyd mit der Ausflagung eines Teils ihrer Flotte drohte.

Der Klöckner-Konzern bekam Unterstützung beim Bau und Ausbau von Hafenanlagen für den Erzumschlag und bei der Forderung nach Vertiefung der Außenweser.

Die Umschlagsanlage von VW ist massiv staatlich gefördert worden.

Die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft wurde beim Bau und Ausbau von Hafenanlagen unterstützt.

Das Selektionsprinzip des Hafensensors bei den Anforderungen privater Hafenbetriebe: Unterstützt wird in erster Linie, was 'für Bremen besonders gut ist' - da der Umschlag der BLG für Bremen von zentraler Bedeutung ist, bekommt die BLG das meiste aus dem staatlichen 'Topf'.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß

- die Monopolisierungstendenz die Konkurrenz nicht aufgehoben hat
- der Staat weder mit der Monopolmacht verschmolzen noch deren Instrument ist
- kapitalistische Interessen sich in der Regel strukturell über Vermittlungskategorien wie die des 'nationalen Interesses' oder der Vertretung der 'Allgemeininteressen' durchsetzen und staatliche Maßnahmen zur 'Förderung der Wirtschaft' viel stärker Reaktionen auf ökonomische und technische Tendenzen sind, denn auf Anforderung von Einzelunternehmen geschehen.

## **2. Zur Frage der quantitativen Entwicklung der Staatsaktivität**

In bezug auf die Entwicklung der Staatsquote und der Anteile von Hafenausgaben und Hafeninvestitionen an den jeweiligen Gesamtgrößen kann für die letzten 10 Jahre in Bremen von einer ständigen Zunahme staatlicher Ausgaben keine Rede sein. Alle Ausgabengrößen

schwanken um einen bestimmten Mittelwert und lassen keine eindeutigen Entwicklungstrends erkennen.

### **3. Zur Frage nach den Problemen staatlicher Politik**

Die Fragen bezogen sich auf die Grenzen staatlicher Prognostik und Planung, die bei der Organisation staatlicher Eingriffe auftretenden Probleme und mögliche 'Konfliktverdünnungsstrategien'.

#### **Grenzen staatlicher Prognostik und Planung**

Hierzu muß auf die strukturelle Unmöglichkeit auch nur mittelfristig treffsicherer staatlicher Prognosen und daraus abgeleiteter Planung hingewiesen werden. In bezug auf die Hafenpolitik versucht der Staat zwar, bestimmte Tendenzen frühzeitig zu erkennen, wie z.B.

- die technische Entwicklung mit Hilfe der Analyse des Weltauftragsbestandes der Werften und der Mitgliedschaft in der Schiffbautechnischen Gesellschaft
- die Außenhandelsentwicklung in bezug auf bestimmte Güterarten mittels einer detaillierten Statistik
- die Arbeitsmarktentwicklung in Bremen und die Beschäftigungsentwicklung in den Häfen durch genaue Beobachtung des Arbeitsamtes und des Statistischen Landesamtes,

aber all diese Mühen führen bestenfalls zu kurzfristig richtigen Orientierungen und zur nachträglichen Aufklärung der abgelaufenen Entwicklungen. Der erste großangelegte Versuch der Formulierung eines staatlichen Hafenentwicklungsplanes erwies sich schon ein Jahr nach der Vorlage des ersten Entwurfs als infolge falscher Voraussetzungen und Prognosen verfehlt.

#### **Organisation staatlicher Maßnahmen**

In bezug auf die Organisation, die zur Durchsetzung bestimmter Maßnahmen erforderlich ist, ist über die staatliche Ressortenteilung hinaus die Tendenz festzustellen, die Erbringung

konkreter Dienstleistungen zunehmend aus dem staatlichen, auf Hoheitsverwaltung zugeschnittenen Apparat herauszulösen und (meist bei massiver staatlicher Förderung) in privatwirtschaftlicher Form (z.B. Aktiengesellschaft) zu organisieren. Damit besteht die Möglichkeit, auch private Kapitale an der Unternehmung zu beteiligen und zumindest den Betrieb (wenn auch nicht immer die Erstellung) von Anlagen oder die Dienstleistungen in 'Warenform' nach Kostendeckungsprinzipien zu erbringen und über Gebühren zu finanzieren. Eine solche Konstellation ist für den Staat nicht nur legitimatorisch günstig (er hat z.B. nicht mehr alle Gebührenerhöhungen und Kreditaufnahmen zu vertreten), sie ist auch ökonomisch vorteilhaft, weil ein zumindest scheinbar privatkapitalistisches Unternehmen nicht an den Staatshaushalt gebunden ist und damit z.B.

- freien Zugang zum 'Kapitalmarkt' hat und über längere Zeiträume flexibel disponieren kann
- manageriell geführt werden und schnelle Entscheidungen treffen kann
- bei seinen (Rationalisierungs-) Operationen keine Rücksicht auf beamtete Mitarbeiter zu nehmen braucht.

Das genaue Verhältnis des Staates zu solchen Unternehmen ist meist nur schwer durchschaubar. Von der BLG wird z.B. trotz massiver staatlicher Unterstützung nicht nur eine Dividende an alle Aktionäre (also auch den Staat), sondern darüberhinaus noch eine Konzessionsabgabe an den Staat gezahlt. (Bei der Bremer Straßenbahn AG steht z.B. als Mittler zwischen staatlicher und privatkapitalistischer 'Sphäre' ein Betrieb Gewerblicher Art (BGA) innerhalb der staatlichen Organisation).

Nicht nur das genaue Verhältnis von Ausgaben, sondern auch die genaue Aufteilung von (Gebühren-) Einnahmen ist zumindest für den Bereich der BLG nicht klar ersichtlich.

Unter dem Aspekt knapper staatlicher Ressourcen oder gar finanzieller Krisenerscheinungen beim Staat selbst hat die privatwirtschaftlich organisierte Erbringung von Dienstleistungen vor allem eine zweifache Entlastungsfunktion für den Staatshaushalt:

- die Gebühren, die der Staat nicht direkt erhebt, konnten zu einer wichtigen zusätzlichen Einnahmequelle werden. Sogar bei den im Staatshaushalt ausgewiesenen Einnahmen machten in Bremen 1975 die Gebühren schon ca. 20 % aus. (Damit kann man die Bedeutung eines Teilbereiches staatlicher Politik nicht mehr allein mit der Analyse der Höhe der absoluten Ausgaben erfassen - im Hafbereich z.B. wird fast die Hälfte aller staatlichen Ausgaben durch direkte staatliche Gebühreneinnahmen gedeckt).
- durch die massiven Kreditaufnahmen solcher Betriebe wie der BLG, die als ein Vorfinanzierungsinstitut staatlicher Hafenpolitik mit Hilfe von Bankgeldern erscheint, kann die effektive staatliche Verschuldung die in den Haushalten aufgeführten Summen erheblich überschreiten, ohne offensichtlich zu sein.

### **'Konfliktverdünnungsstrategien'**

Voraussetzung für die Diskussion möglicher Konfliktverdünnungsstrategien des Staates im Zusammenhang mit der Bremer Hafenpolitik ist die Feststellung, daß der Staat die Hafentwicklung direkt und indirekt beeinflußt und seine Aktivitäten keinesfalls auf 'reine Infrastrukturmaßnahmen' beschränkt. In der Tat hat sich mit staatlicher Förderung ein Beschäftigungssystem etabliert, das bei aller 'objektiven Funktionalität' bewirkt, daß eventuelle Folgen von Fehlentwicklungen, Krisen oder Rationalisierungsmaßnahmen hauptsächlich von einer unterprivilegierten Schicht von kaum zu Gegenmaßnahmen organisierbaren und artikulationsfähigen Hafearbeitern getragen werden müssen. Sowohl in der 'Rationalisierungskrise' von 1967 als auch in der 'Umschlagskrise' von 1975 waren die beim Gesamthafenbetrieb beschäftigten, für die Hafeneinzelbetriebe 'disponiblen' Arbeiter die Opfer von Entlassungen und Kurzarbeit. Unter anderem die Vermutung eines radikalen Protestwählerverhaltens der Hafearbeiter bei den Bremer Bürgerschaftswahlen von 1967 veranlaßte den Staat, den Garantielohn zu verbessern und 1975 Entlassungen größeren Ausmaßes zu vermeiden.



## 4. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß

- in der Bremer Seehafenpolitik kapitalistische Interessen in der Regel strukturell in staatliches Handeln eingehen,
- in Bremen in den letzten zehn Jahren eine kontinuierliche Zunahme des relativen Anteils der Staatsausgaben am Sozialprodukt und der hafenbezogenen Ausgaben an den staatlichen Gesamtausgaben nicht zu bemerken ist,
- präzise Prognosen der Hafenumschlagsentwicklung und darauf aufbauende mittelfristige Planungen der Hafenentwicklung nicht möglich sind,
- der überwiegende Anteil der staatlichen Eingriffe in die Hafenwirtschaft indirekt über privatwirtschaftlich organisierte Formationen erfolgt,
- mit staatlicher Unterstützung im Hafen ein Beschäftigungssystem entwickelt worden ist, durch das in konflikträchtigen Situationen die Hauptbelastung auf den Teil der Arbeiterschaft abgewälzt wird, der besonders schwer Gegenmaßnahmen organisieren kann.

## ANMERKUNGEN

### EINLEITUNG

- 1) vergl. Dobb, Entwicklung des Kapitalismus, Berlin 1970, Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972, S. 7-25

Miliband, Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft, Frankfurt 1972, S. 9-34

Deutscher Soziologentag 1968, Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?, Stuttgart 1969

Mandel, Der Spätkapitalismus, Frankfurt 1972, S.8/9

- 2) So bemerkt z.B. Poulantzas in bezug auf staatstheoretische Ansätze, "daß der marxistische oder nichtmarxistische Charakter dieser Arbeiten, beim gegenwärtigen Stand der Forschung, und soweit es um deren Berücksichtigung als Ausgangsmaterial für die Forschung geht, in keiner Weise ein ausschlaggebendes Kriterium dafür abgibt, ob sie wissenschaftlich von Wert sind oder nicht".

Poulantzas, Pouvoir politique et classes sociales, Paris 1968, deutsche Ausgabe 'Politische Macht und gesellschaftliche Klassen', Frankfurt 1974, S. 16

- 3) Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt und Wien o.J., S. 27/28
- 4) Lenin, Über den Staat, Werke Band 29, S. 461
- 5) Autorenkollektiv am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Imperialismus heute, Ostberlin 1965
- 6) Poulantzas, a.a.O.

- 7) Miliband, a.a.O. (Erstauflage 1969)
- 8) Der Ansatz des 'Staatsmonopolistischen Kapitalismus' erfuhr erst 1971 mit dem Buch 'Der Imperialismus der BRD' und dem schon 1966 von Boccara verfaßten Aufsatz 'Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus' in Sozialistische Politik Nr. 11/1971 eine gewisse Verbreiterung
- 9) Die Arbeit von Poulantzas erschien 1974, die von Miliband 1972 in deutscher Sprache
- 10) u.a. Ebbinghausen (Herausgeber), Monopol und Staat, Ffm. 1974 Schubert, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus - Kritik der zentralen Aussagen, in Mehrwert Nr. 4, Westberlin/Bremen 1973
- 11) z.B. Altvater, Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus, in Probleme des Klassenkampfes 3, Westberlin 1972  
  
Flatow/Huisken, Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates, Prokla 7, 1973  
  
Braunmühl u.a., Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt 1973
- 12) z.B. Blanke u.a., Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates, Prokla 14/15, 1974
- 13) z.B. Ronge/Schmiege, Restriktionen politischer Planung, Frankfurt 1973
- 14) z.B. Evers/Lehmann, Politisch-Ökonomische Determinanten für Planung und Politik in den Kommunen der BRD, Offenbach 1972  
  
O'Connor, Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt 1974  
  
Offe, Berufsbildungsreform, Frankfurt 1975

15) Grauhan (Herausgeber), Lokale Politikforschung, Frankfurt 1975

16) Lenin, Über den Staat, Werke 29, S. 461

## **A. STAATSTHEORIE UND STAATLICHE POLITIK**

1) Miliband, a.a.O.

2) eb. S. 13/14

3) Poulantzas, a.a.O., S. 43

4) Funken, Überlegungen zu einer marxistischen Staatstheorie, in Braunmühl u.a., a.a.O., S. 107f

5) Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 260

6) Autorenkollektiv am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Ostberlin 1971, S. 365f

7) zur Entwicklung dieses Ansatzes vergl.

Wirth, Kapitalismustheorie in der DDR, Frankfurt 1972

Petrowsky, Zur Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in Prokla 1, 1971

Boccara, a.a.O.

8) vergl. hierzu insbesondere die Aufsätze von Schimkowsky in Ebbinghausen, Monopol und Staat, a.a.O

9) Hilferding, Das Finanzkapital, Frankfurt/Wien 1968 (Erstauflage 1910), S. 322

- 10) eb. S. 507
- 11) eb.: "Die Herrschaft über die Wirtschaft gibt zugleich die Verfügung über die Machtmittel der Staatsgewalt. Je stärker die Konzentration in der wirtschaftlichen Sphäre, desto unumschränkter die Beherrschung des Staates".
- 12) eb. S. 503
- 13) Hilferding, Organisierte Kapitalismus, Referat' auf dem Kieler Parteitag der SPD 1927, S. 169
- 14) Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Lenin Werke Band 22, S. 199, 230, 294
- 15) eb. S. 276
- 16) vergl. Projekt Klassenanalyse, Leninismus - eine neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus? Westberlin 1972
- 17) vergl. Neusüss, Imperialismus und Weltmarktbeziehung des Kapitals, Erlangen 1972
- 18) Lenin, a.a.O., S. 260
- 19) eb. S. 281
- 20) eb. S. 298
- 21) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 336
- 22) Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 167

- 23) Lenin, Über den Staat, Werke 29, S. 469, vergl. auch Lenin, Staat und Revolution, Ostberlin 1969, S. 23f
- 24) Lenin, Staat und Revolution, Ostberlin 1969, S. 40
- 25 ) Imperialismus der BRD, a.a.O. S. 100
- 26 ) eb. S. 11/12
- 27 ) eb. S. 193
- 28 ) eb. S. 199
- 29 ) eb. S. 597
- 30 ) Heininger/Hess, Die Aktualität der Leninschen Imperialismuskritik, Ostberlin 1970, S. 106f, 171
- 31 ) eb. S. 103
- 32 ) Huffs Schmidt, Die Politik des Kapitals, Frankfurt 1969, S. 126.f
- 33 ) Imperialismus der BRD, S. 571
- 34 ) eb. S. 566/67
- 35 ) Ronge/Schmiege, a.a.O., S. 146

vergl. auch Altvater, a.a.O., S. 5-7

Neusüss, a.a.O., S. 68/69

Wirth, Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Prokla 8/9, 1973, S. 23-29

36 ) Mandel, Der Spätkapitalismus, a.a.O., S. 289-318

37 ) z.B. Broichhausen/Wiborg, Kaufherren und Konzerne im deutschen Norden,  
München 1974, S. 46ff, 116ff

38 ) Evers/Lehmann, a.a.O., S. 42

39 ) Broichhausen/Wiborg, a.a.O., S. 189ff

40 ) Mandel, a.a.O., S. 474/75:

"Gewiß nimmt die Konkurrenz zwischen monopolistischen Großkonzernen der Gegenwart andere Formen an als die zwischen konkurrierenden Tuchfabrikanten des 19. oder Gemüsehändlern des 20 Jahrhunderts. Aber was anderes als die monopolistische Konkurrenz zwingt die Großkonzerne zu dauernder Reduktion ihrer Herstellungskosten, zur stetigen Suche nach technischen Innovationen, zu ununterbrochener Erzeugung 'neuer' Produkte, zu dauernder Erweiterung ihrer Wirkungsbereiche? Erfordert der Wachstumszwang nicht einen Zwang zur Maximierung der Selbstfinanzierung? Und wie soll diese erreicht werden, wenn nicht mittels langfristiger Profitmaximierung?"

41 ) Offe, Strukturprobleme ... a.a.O., S. 69

vergl. O'Connor, a.a.O., S. 84

42 ) Offe, a.a.O., S. 70

43 ) eb. S. 71

44 ) eb. S. 55

45 ) Ronge/Schmieg, a.a.O.,S. 143-47

46 ) O'Connor, a.a.O., S. S. 80/81

47 ) Ronge/Schmieg, a.a.O., S. 123/24

48 ) Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 62

49 ) Altvater, a.a.O., S. 9

50 ) Poulantzas, a.a.O., S. 195

51 ) vergl.:

Poulantzas, a.a.O., S. 28: "Diese Autonomie hat theoretische Folgen für den Gegenstand unserer Arbeit: Sie ermöglicht eine strenge Teilbereichstheorie einer einzelnen Instanz dieser Produktionsweise, z.B. des kapitalistischen Staates". Die Ergiebigkeit eines 'strukturalistischen' Ansatzes wurde zuletzt betont von Väh, Zu einer Strukturanalyse staatlicher Tätigkeitsbereiche am Beispiel der Bundesraumordnung, in Grauhan, a.a.O., S. 113: "Die Klärung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik hat ein Konzept erbracht, in dem die gleichermaßen kurzschlüssigen Konstrukte einer durchgängigen Ökonomisierung der Politik wie einer vorgängigen Trennung beider Bereiche vermieden werden. Das strukturelle Theorem erlaubt beim Festhalten an der globalen Determinierung der politischen durch die ökonomische Ebene zugleich aber auch die Erklärung von Struktureffekten nur aus dem politischen Prozeß heraus."

52 ) O'Connor, a.a.O., S. 86

53 ) Miliband, a.a.O., S. 226

54 ) vergl. O'Connor, a.a.O., S. 83, 131f, 182f

55 ) Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen

56 ) Miliband, Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft

57 ) Miliband, New Left Review, Nr. 82, Nov./Dez. 1972,

Poulantzas and the Capitalist State, S. 92:



" I have no wish to suggest that the reader will not find useful, suggestive and important ideas. But I also bound to say, with genuine regret, that it does not seem to me to be very helpful in the development of that Marxist political sociology which Poulantzas quite rightly want to see advanced".

58 ) Miliband, Antwort an Poulantzas, Kritische Justiz 1971, S. 210f (nach New Left Review 59, 1969)

59 ) Miliband, New Left Review 82/1972, S. 84

60 ) Poulantzas, Das Problem des kapitalistischen Staates, Kritische Justiz 1971, 201f (nach New Left Review Nr. 58, 1969)

61 ) eb. S. 201

62 ) eb. S. 228

63 ) eb. S. 248

64 ) Miliband, Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft, a.a.O., S. 240/41

65 ) eb. S. 217

66 ) Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, a.a.O., S. 218-224

67 ) Marx, Kapital I, MEW 23, S. 99, 447, 562, 609/10 Marx/Engels, Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 61-70, 162

68 ) vergl. Flatow/Huisken, a.a.O.

69 ) Miliband, a.a.O., S. 110:

"Bei unzähligen Gelegenheiten und in allen kapitalistischen Ländern haben die Regierungen eine entscheidende Rolle bei der Niederwerfung von Streiks gespielt, ... und die Tatsache, daß sie das im Namen des nationalen Interesses, von Gesetz und Ordnung, der verfassungsmäßigen Regierung, des Schutzes der 'Öffentlichkeit' usw. taten, statt einfach, um die Arbeitgeber zu unterstützen, macht die Intervention für diese Arbeitgeber nicht weniger nützlich".

70 ) Miliband, a.a.O., S. 226

71 ) eb. S. 103

72 ) Parteivorstand der SPD, Stellungnahmen -j2 - Bonn 1971

73 ) O'Connor, a.a.O., S. 130

- 74 ) Altvater, a.a.O.  
75 ) Flatow/Huisken, a.a.O.  
76 ) Boccara, a.a.O. und Sozialistische Politik 16/1972  
77 ) Blanke u.a., a.a.O.  
78 ) Altvater, a.a.O., S. 7  
79 ) eb. S. 9  
80 ) eb. S. 17  
81 ) eb.  
82 ) z.B. Flatow/Huisken, a.a.O., S. 91-93

Blanke u.a., a.a.O., S. 87-89

Offe, a.a.O., S. 33f

Ronge/Schmieg, a.a.O., S. 270-277, 312/13

Projekt Klassenanalyse, Oberfläche und Staat, Westberlin 1974, S. 96-130

Läpple, Staat und allgemeine Produktionsbedingungen, Westberlin 1973, S. 66,

97

Arbeitskonferenz der Roten Zellen/AK München, München 1974, S. 128-33

- 83 ) Nach den Vorstellungen des Projekts Klassenanalyse a.a.O., S. 120/21

"reichten Assoziationen einzelner Kapitalisten aus, die sich zum Betrieb bestimmter Sphären zusammenschließen, die zwar keinen Profit abwerfen, aber notwendig sind. Diese Sphären würden von vornherein als genossenschaftliches Unternehmen der Kapitalistenklasse betrieben, kostendeckend oder mit Verlust. Denn auch mit Altvater angenommen, der Staat übernimmt den Betrieb dieser Sphären, so müssen die Kapitalisten in Form von Steuern an den Staat zahlen. Bevor Altvater also den Tatbestand, daß der Staat den Betrieb bestimmter Sphären übernimmt, einfach aufgreift, was aber noch lange nicht die Notwendigkeit der Existenz des Staates begründen kann, müßte er in diesem Fall zunächst überhaupt die ökonomische Existenz des Staates, die Steuer, untersuchen"

Flatow/Huisken a.a.O., S. 92, meinen sogar:

"Der Staat kommt in dieser Ableitung nur als allgemeine Erfahrungstatsache, nicht als logische Bestimmung hinein ... Der Nachweis, daß etwas zu geschehen hat,

ersetzt nicht den Nachweis, unter welchen allgemeinen Bedingungen überhaupt etwas geschehen kann"

84 ) Blanke u.a., a.a.O., S. 88/89

"kommt es hier zunächst darauf an, als Charakteristikum ... der Staatsableitung festzustellen, daß - aus welchem Widerspruch auch immer - das 'Ableitungsergebnis' immer der Staat als vollkommen bestimmte Form ist; - als Form, die nun ihrerseits mit einem Begriff vom Wesen des Staats gefaßt wird, der im Kern alle Funktionen, Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten bereits enthält". Es besteht die Gefahr, daß man "in den Zirkel gerät, demzufolge jede Tätigkeit des Staates eben nur Manifestation einer im 'Wesen' bereits enthaltenen Bestimmung sei, die daher auch nur in den wesensmäßig festgelegten Schranken tätig werden könne"

85 ) Das ist der AK München, a.a.O., S. 132, aufgefallen:

"Was uns staunen macht, ist hier schon nicht mehr die Gleichgültigkeit der einzelnen Funktionen gegeneinander, oder die Vorstellung, daß Rechtsverhältnisse ohne Polizei möglich wären, und der plötzliche Sprung auf das Verhältnis des Staates nach außen, sondern das Fehlen der 'Funktion', die gemeinhin als 'Interventionismus' auftritt: die Einflußnahme des Staates auf die Gesamtbewegung der Kapitale, die Altvater später als 'Krisenregulierung' abhandelt, und wegen der er den ganzen Zauber der 'Besonderung' des Staates veranstaltet hatte".

86 ) Das kritisierten Ronge/Schmieg, a.a.O., S. 275, 278:

"Eine Antwort auf die historische Frage gibt Altvater nicht. Es bleibt offen, welches 'der historische Stand der Kapitalentwicklung' ist, von dem die jeweilige (und damit heutige) Staatsfunktion abhängt ... Offe hat zu Recht den Harmonismus kritisiert, der hinter dieser Vorstellung von Altvater steckt, daß sich zwischen Entstehung und Füllung des funktionalen Vakuums kein Problem ergäbe ..."

87 ) Offe, a.a.O., S. 32f

88 ) Flatow/Huisken, a.a.O., S. 100

89 ) eb. S. 101

90 ) eb. S. 108

91 ) eb. S. 106/07

92 ) eb. S. 107

93 ) eb. S. 116-18

94 ) Flatow/Huisken, a.a.O.:

"Das besondere Dasein des Staates neben und außer der Gesellschaft der konkurrierenden Privaten - jetzt nicht mehr als Möglichkeit, sondern als Notwendigkeit - ist das Resultat dieses Widerspruchs zwischen besonderem und allgemeinem Interesse in seinen verschiedenen Existenzweisen. Der Staat verkörpert die Loslösung der allgemeinen Interessen aus der Sphäre der Privaten und ihre Verwaltung in der Sphäre des Staates. Mit der Besonderung des Staates werden die allgemeinen Interessen zu seinen besonderen, deren Verwaltung ihm allein obliegt. Dies ist die Basis, von der aus erkennbar wird, daß der Staat bisweilen zu Maßnahmen greift, die ihm die Schelte aller Klassen und Fraktionen einbringen" (S.121).

"Warum aber bestimmte, schließlich als Staatsaktivität erscheinende und sich u.U. zur Staatsfunktion verfestigende Forderungen empirisch realisiert werden, dies ist von den bisher angestellten Überlegungen her noch nicht begründbar" (S. 129).

95 ) eb. S. 136/37

96 ) Die Autoren handeln sich die Schwierigkeiten,

"daß sie zwar ein besonderes und ein allgemeines Interesse 'abgeleitet' haben, aber keine Notwendigkeit der Trennung beider voneinander, die als Konkurrenz (Gesellschaft) und Staat ins Verhältnis zueinander treten"  
AK München, a.a.O., S. 152

97 ) Blanke u.a. kritisieren a.a.O.:

"Daß die Verfolgung besonderer Interessen die Realisierung allgemeiner Interessen ausschließt, ist aber nur eine Definitionsfrage ... Als das wesentliche dieser Ableitung scheint uns aber, daß ... dieser Staat eine bereits funktionell vollkommen bestimmte Form ist; der Staat ist gewissermaßen nur noch auf der Suche nach den allgemeinen Interessen, die er zu realisieren hat ... Die u.E. richtige Ansicht, daß spezifische Staatsfunktionen nicht aus dem allgemeinen Kapitalbegriff abgeleitet werden können, ist bei Flatow/Huisken jedoch durch reine Begriffsdialektik

begründet. Denn alle diese Tätigkeiten gehen nur mehr aus dem Begriff des allgemeinen Interesses hervor, sie sind gewissermaßen ... nur noch die erscheinenden, historisch-realen Manifestationen des 'Wesens' des bürgerlichen Staates" (S. 84).

"Ein fatales Ergebnis dieser Wesensbestimmung ist es, daß Widersprüche der Staatstätigkeit in der Erfüllung seiner möglichen Funktionen nicht mehr aus den allgemeinen Bestimmungen des Staates erklärt werden können ... An diesem Punkt wird auch deutlich, daß der Ausgangspunkt für die Ableitung des Staates nicht die Oberfläche sein kann" (S. 87f).

98 ) Hierzu fragte Reichelt, Einige Anmerkungen zu Sybille von Flatow und Freerk Huiskens Aufsatz ...,in Gesellschaft, Beiträge zur marxistischen Theorie 1, Frankfurt 1974, S. 12/13:

"Doch worauf beruht dieser Versuch, wenn sich letztlich herausstellt, daß in der Sache selbst ein methodischer Zwang zu einer allgemeinen Ableitung nicht gegeben ist? Was veranlaßt die Autoren, eine Konstruktion zu entwerfen, in der nicht die besonderen Staatsfunktionen in ihrer jeweiligen inhaltlichen Spezialität thematisiert werden, sondern das Allgemeine dieser besonderen Funktionen selbst zum Gegenstand einer formgenetischen Deduktion gemacht wird?"

99 ) AK München, a.a.O., S. 154

100 ) Diese polemische Behauptung formuliert Reichelt, a.a.O., S. 16

101 ) vergl. Lenin, Imperialismus, a.a.O., S. 281, 303-308  
Heininger/Hess, a.a.O., S. 106ff, 171ff  
Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 545

auch Hirsch, Elemente einer materialistischen Staatstheorie, in Braunmühl u.a., a.a.O., S. 235

102 ) Boccara, a.a.O.

vergl. dazu Ronge/Schmieg, a.a.O., S. 313

"Nach dieser Bestimmung also ist die staatliche infrastrukturelle Tätigkeit nicht nur Verwertungshilfe für die fungierenden (Einzel-) Kapitale, sondern uno actu Entwertung von Kapital".

103 ) Wirth, a.a.O., S. 40/41

104 ) Heiningen/Hess, a.a.O., S. 176/77

105 ) Petrowsky, a.a.O., S. 143:

"'eigentlich' dürfte es gar keinen Kapitalismus mehr geben, 'eigentlich' müßte er schon längst zusammengebrochen sein; die Lücke zwischen Theorie und Realität wird immer wieder von neuem gekittet mit 'neuen' Elementen, 'zeitweiligen' Tendenzen, 'günstigen' Umständen."

106 ) Mandel, a.a.O., S. 475-85

107 ) Ronge/Schmiege, S. 137

Altwater, a.a.O., S. 50

Wirth, a.a.O., S. 38, weist auf den grundsätzlich reaktiven Charakter staatlicher Maßnahmen hin.

108 ) Ronge/Schmiege, a.a.O., S. 228

109 ) eb. 314, auch 178-238

110 ) Ronge/Schmiege, a.a.O., meinen,

"daß die Aufgabenentwicklung des kapitalistischen Staates in der Staatsfunktionstheorie nur abstrakt und tendenziell bestimmt wird; folglich kann man aus mangelhafter Aufgabenerfüllung auch nur abstrakte und tendenzielle Krisenhaftigkeit und nicht konkrete Krisen ableiten" (S. 278).

Ihre These

"geht dahin, daß man sich das Vermögen, über konkrete Krisen etwas auszusagen, erschleicht. Einmal wird häufig so getan, als ließe sich aus einer abstrakten Bestimmung der Krisenhaftigkeit zusammen mit einer ebenso abstrakt bestimmten Staatsfunktion genau die Krise ableiten, die man vorfindet, bzw. erklären, warum zur Zeit keine Krise eintritt" (S. 286).

111 ) eb. 298 ff

112 ) eb. S. 287

113 ) Blanke u.a., a.a.O., S. 60

114 ) eb.:

"Wir nennen dies Vorgehen im folgenden abgekürzt Formanalyse. Unser Versuch, ein Konzept einer marxistischen Staatsanalyse zu entwerfen, folgt der Marxschen

Darstellung der Formen, in welchen sich die kapitalistische Produktionsweise allgemein reproduziert. Wir können auf dieser Abstraktionsebene jedoch nur die allgemeinen Ausgangspunkte für die Herausbildung von 'Funktionen' des Reproduktionsprozesses, welche sich in der spezifischen Weise formieren müssen, daß sie außerhalb des Systems der privat organisierten gesellschaftlichen Arbeiten stehen, angeben. Die Frage, wie diese Formierung im einzelnen erfolgt, wie sie in Struktur, Institution und Prozeß des Staates umgesetzt wird, ist durch die Formanalyse nicht mehr zu beantworten. Sie müßte zum Gegenstand historischer Analyse gemacht werden. Die genaue Abgrenzung und Vermittlung von Form- und historischer Analyse wirft allerdings schwierige Probleme auf" (S. 64/65).

115) eb. S. 72:

"Für die begriffliche Ableitung der außerökonomischen Gewalt ergibt sich hiermit ein erster Ansatzpunkt: die 'legislative Funktion', d.h. die Funktion der Rechtssetzung (was nicht gleichbedeutend ist mit Rechtserzeugung). Recht muß aber vollstreckt werden. Seine 'gebührende Vollstreckung'. ist zu sichern: 'exekutive Funktion'; Sicherheit des Rechts als Grunderfordernis erzeugt den außerökonomischen Zwang.

116) eb. S. 74/75:

"Da die außerökonomische Gewalt das Basisrecht der Warenproduktion, das Privateigentum schützt, schützt sie

- (1) das Recht von Kapital und Lohnarbeit gleichzeitig, nämlich auch das Eigentum an der Arbeitskraft (als Ware);
- (2) das Recht des Kapitals auf das im Produktionsprozeß produzierte Produkt.

Eigentumsgarantie, die sich auf das Eigentum an der Ware bezieht, bedeutet demnach primär Garantie der bestimmten Form des Produktionsprozesses, des Kapitalverhältnisses".

117) Offe, a.a.O., S. 91/92:

"Anders als die im Äquivalententausch wirksame stumme Gewalt des ökonomischen Ausbeutungsverhältnisses sieht sich nämlich die in politischen Institutionen verkörperte hoheitliche Gewalt genötigt, sich als Gewalt selbst zu deklarieren und begründen ... Daraus resultiert als Strukturproblem des kapitalistischen Staates, daß er seinen Klassencharakter zugleich praktizieren und unsichtbar machen muß".

vergl. O'Connor, a.a.O., S. 89

118 ) Wirth, a.a.O., S. 42/43

"Von der Notwendigkeit, die Reproduktion der Klassen zu garantieren, lassen sich auf dieser allgemeinen Ebene zunächst nur zwei staatliche Funktionen begründen: zum einen muß der Staat mittels Fixierung von Rechtsnormen verhindern, daß sich die in der Konkurrenz angelegte Tendenz zur Zerstörung der Basis des Systems, d.h. der Existenz der Klasse freier Lohnarbeiter einerseits, der Bewegungsfreiheit des Kapitals andererseits, durchsetzt; der Staat muß also die formal gleiche Einbeziehung aller in die Konkurrenz garantieren. Zum zweiten muß er das Medium garantieren, mittels dessen die Tauschprozesse zwischen den Warenbesitzern stattfinden; er muß also die Anerkennung des Geldes als 'allgemeines Äquivalent' gewährleisten".

119 ) Wirth, a.a.O., S. 36/37:

"Begrift man stattdessen die staatlichen Entscheidungen als integralen Bestandteil des Gesamtsystems der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft, dann liegt es nahe anzunehmen, daß gerade nicht ein in sich konsistentes System staatlicher Planung, gerade nicht 'gezielte' staatliche Eingriffe, sondern der auf den ersten Blick chaotisch erscheinende Prozeß der Entscheidungsfindung – partikularisiert in verschiedenen Ministerien, ohne ausreichende Koordination, ohne gegenseitige Information, z.T. mit bewußter gegenseitiger Behinderung – genau der ist, auf dem nur einigermaßen sichergestellt werden kann, daß genug Raum für die Berücksichtigung widersprüchlicher Interessen gelassen wird".

120 ) vergl. Anm. 14 der Einleitung



121) Ronge/Schmieg, a.a.O., S. 123/24:

"Die Wissenschaft besitzt weder ausreichend begründete Kenntnis von der Relevanz der Bildung für den Wachstumsprozeß, noch kann sie ihre praktische Funktion erfüllen, nämlich (system-) richtige Beeinflussungs-Empfehlungen aussprechen. Die für die Praxis relevanten Informationen der Wissenschaft sind nur zufällig richtig. Das hat zur Folge, daß der Staat in dieser Hinsicht höchst zufällig richtig handeln konnte....

Bedeutsamer als erfolgreiche Planung wäre demnach die Schaffung der Überzeugung, daß geplant werde....

Bezüglich der wachstumsorientierten bildungsökonomischen Informationen läßt sich ohne Einschränkung sagen, daß sie überhaupt nicht in den bildungsplanerischen Entscheidungsprozeß eingegangen sind. Sie dienen lediglich dazu, die pauschale Erhöhung von Bildungsausgaben eine Zeitlang argumentativ zu begründen".

122) Altvater, a.a.O., S. 50

vergl. Ronge/Schmieg, a.a.O., S. 136-38:

"Wir wollen nun im folgenden die wichtigsten empirischen Ergebnisse referieren,...

1. Auf die Treffsicherheit der Prognose ist weder von signifikantem Einfluß, wer die Prognose erstellt hat, noch mit welcher Methode sie ermittelt wurde....
2. Generell sind die Aggregatgrößen - mit Ausnahme des Rezessionsjahres 1967 - unterschätzt worden, dies gilt insbesondere für die Entwicklung des Wachstumspotentials....
- 3.. Private Investitionen entziehen sich weitgehend der prognostischen Bestimmung, ...

4. Die Konjunkturprognostik versagte weitgehend an konjunkturellen Wendepunkten oder bei, im Sinne bisheriger Zyklen, extraordinären Entwicklungen. ...
5. Weder bloße Tendenzprognosen, noch Prognosen, die scheinbar 'aufgehen', sind von praktischer Aussagekraft, so oft sie auch gestellt werden. ...
6. Die Illusion der störungsfreien Trendentwicklung hat auch die - kurzfristigen Konjunkturprognosen verzerrt....
7. Die Orientierung am fiktiven Trend, die Extrapolation der Zyklusentwicklung vergangener Zeiten oder, deutlicher noch, die völlige Loslösung der Konjunkturprognostik von der Konjunkturtheorie sind Ausdruck des wissenschaftlichen Unvermögens, das sich auf das politische System überträgt.....

Die Analyse der wissenschaftlichen und staatlichen Prognostik im kapitalistischen System rechtfertigen den Schluß, daß man bei unserem gegenwärtigen Erkenntnisstand weder in der Lage ist, exakt anzugeben, in welcher konjunktureller Situation man sich befindet, noch präzise vorauszusagen, wie und wann eine bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahme wirkt'."

Damit soll aber in bezug auf die folgenden Bemerkungen nicht unterstellt werden, daß z.B. staatliche Versuche der Wirtschaftssteuerung ausschließlich an prognostischen Schwierigkeiten scheitern.

1 2 3 ) Die Zeit vom 8.11.74, S. 3

1 2 4 ) z.B. Weser-Kurier, Bremer Tageszeitung, 31.12.74, S. 7

1 2 5 ) Der Spiegel Nr. 24, 9.6.75, S. 19 und

Nr. 25, 16.6.75, S. 30

1 2 6 ) Der Spiegel Nr. 24, 9.6.75, S. 23

127) Weser-Kurier vom 2.7.75, S. 23

vergl. Die Zeit Nr. 22, 23.5.75, Der Spiegel Nr. 23, 2.6.75

128) O'Connor, a.a.O., S. 9

129) eb.: "Jede ökonomische und soziale Klasse und Gruppe fordert von der Regierung, immer mehr Geld für immer mehr Dinge auszugeben. Aber keine will höhere Steuern oder höhere Sätze der alten Steuer zahlen".

130) eb., S. 61: "...kurz gesagt, die Stabilität .des Systems hat eine fortwährende Inflation und eine fortwährende Finanzkrise (bzw. 'Inflation' des Staatshaushalts) verlangt".

131) eb. S. 52/53

132) eb. S. 72-76

133) eb. S. 76/75

134) Weser-Kurier vom 20.5.75, S. 2

135) vergl. Ronge/Schmieg, a.a.O., S. 240:

"Unter den Nato-Staaten weist die BRD in der Tat die niedrigste Verschuldungsquote (Gesamtschuld v.H. des BSP) auf: 1969 betrug diese Quote für die USA 56 %, für Großbritannien 94 %, für die Niederlande 70 % und nur 18 % für die BRD".

136) Weser-Kurier vom 13.6.75, S. 2

137) Weser-Kurier vom 21.6.75, S. 1

138) eb.

139) Der Spiegel vom 9.6.75, S. 22

140) eb. S. 23

141) eb. S. 21

- 142) eb.
- 143) Weser-Kurier vom 20.5.75, S. 2
- 144) eb.
- 145) Weser-Kurier vom 3.2.75, S. 1
- 146) ARD-Interview vom 14.5.75, 21.00 Uhr
- 147) Der Spiegel vom 9.6.75, S. 24
- 148) O'Connor, a.a.O., S. 200
- 149) vergl. eb. S. 286-90
- 150) Offe, a.a.O., S. 97/98
- 151) eb. S. 98/99
- 152) Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973, S. 98, 104
- 153) vergl. Goldthorpe u.a. Der wohlhabende Arbeiter in England, München 1970, Band I, S. 152:

"Die meisten der befragten Arbeiter haben in den vergangenen Jahren bereits eine Erhöhung ihres Lebensstandards erfahren und glauben deshalb, daß diese Entwicklung auf die eine oder andere Weise auch künftig anhält ... unter unseren Arbeitern bestand also die Neigung, die Erfahrungen der Vergangenheit in die Zukunft zu verlängern".

Schumann u.a., Am Beispiel der Septemberstreiks, Frankfurt 1971, S. 50:

"Die Veränderungen in der Vergangenheit gelten den Arbeitern als Fortschritt; und diese Erfahrung der Verbesserung wird projiziert in die Zukunft und prägt die Erwartung an die Gesellschaft ... Dieses Weiterschreiben der vergangenen in die zukünftige Entwicklung, dieser Verlängerungsmechanismus, läßt die Erwartungen ebenso plausibel wie gesichert erscheinen".

154) Schumann, a.a.O., S. 75:

"Festzuhalten ist, daß jedes Abweichen der realen Verhältnisse von den positiven Erwartungen der ökonomisch-sozialen Entwicklung eine Unzufriedenheit schafft, die als manifeste Verhaltensdisposition für Kampffaktionen angesehen werden kann".

155) eb. S. 76

156) Bergmann, Jacobi, Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt 1975:

"Aus dieser Divergenz zwischen ökonomischen Konzessionsspielräumen und subjektiven Ansprüchen erwächst ein Konfliktpotential, das sich nicht erst bei einer objektiven Verschlechterung, sondern schon bei einer Verletzung verfestigter Erwartungen aktualisieren kann". (S. 320)

"Eine kooperative Gewerkschaftspolitik ist nur möglich unter Bedingungen einer prosperierenden und konzessionsfähigen Wirtschaft einerseits und einer folgebereiten Mitgliedschaft andererseits, deren Ansprüche sich quantitativ und qualitativ den Konzessionsspielräumen anpassen lassen. Eine konfliktorische Gewerkschaftspolitik ist hingegen zu erwarten, sobald sich die Konzessionsspielräume im Hinblick auf die primären und manifesten Interessen der Mitglieder verengen beziehungsweise mit steigenden Anspruchshaltungen sich nicht erweitern lassen". (S. 32)

157) Weick, SPD vor der Wahl, links, Oktober 1972

158) vergl. Der Spiegel, 26.5.75, S. 31f

159) Der Spiegel, 28.7.75, S. 22

160) Der Spiegel, 9.6.75, S. 22